

Neue Jobs in der Krise?! Wirtschaft und Beschäftigung in Hamburg

Reader zur

**Arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen
Konferenz der LINKEN in Hamburg, 24.4.2010**

**Arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Konferenz der LINKEN in Hamburg,
24.4.2010**

Neue Jobs in der Krise?! – Wirtschaft und Beschäftigung in Hamburg

1. EINGANGSPLENUM.....	2
1.1. RAINER VOLKMANN: „ALTERNATIVER ENTWICKLUNGSPFAD AUS DER KRISE – DAS MEMORANDUM 2010“	2
1.2. SABINE ZIMMERMANN, MDB: „ARBEITSMARKTPOLITIK IN DER KRISE UND DIE ARBEIT DER BUNDESTAGSFRAKTION DER LINKEN - JOBWUNDER DEUTSCHLAND?“	6
1.3. SIGNE FÆRCH: ARBEITSMARKTPOLITISCHE ALTERNATIVEN IN DÄNEMARK - DREIMAL DREI ENTWICKLUNGEN IN DER KOMMUNE KOPENHAGEN	12
2. ARBEITSGRUPPEN.....	15
2.1. ARBEITSGRUPPE 1: „WELCHE ARBEITSMARKT- UND BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHEN ALTERNATIVEN KÖNNEN DIE MASSENARBEITSLOSIGKEIT IN HAMBURG SPÜRBAR REDUZIEREN?“	15
2.1.1. <i>Impulsbeitrag Wolfgang Joithe MdHB</i>	15
2.1.2. <i>Protokoll der Arbeitsgruppe 1</i>	17
2.2. ARBEITSGRUPPE 2: „WELCHE BEITRÄGE KANN EINE ARBEITNEHMERORIENTIERTE REGIONALE WIRTSCHAFTS- UND BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK LEISTEN, UM NACHHALTIGE UND TARIFLICH GESICHERTE ARBEITSPLÄTZE ZU SCHAFFEN?“	21
2.2.1. <i>Impulsbeitrag: Dr. Rainer Volkmann</i>	21
2.2.2. <i>Impulsreferat Gitta Bockwoldt</i>	23
2.2.3. <i>Protokoll Arbeitsgruppe 2</i>	27
2.3. ARBEITSGRUPPE 3: „GEGEN LEUCHTTÜRME UND HSH-MILLIARDEN – WELCHE HAUSHALTS- UND FINANZPOLITISCHEN ALTERNATIVEN HAT DIE HAMBURGER LINKE ZUR SCHAFFUNG VON ARBEITSPLÄTZEN?“	32
2.3.1. <i>Impulsreferat Joachim Bischoff</i>	32
2.3.2. <i>Impulsreferat: Horst Bethge (LAG Wirtschaft, Haushalt, Finanzen)</i>	37
2.3.2. <i>Protokoll der Arbeitsgruppe 3</i>	40
2.4. ARBEITSGRUPPE 4: „GEGEN NIEDRIGLOHNJOBS UND PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG – WANN UND WARUM IST FRAUEN- UND MÄNNERERWERBSARBEIT SO WENIG WERT?“	41
2.4.1. <i>Impulsreferat von Berno Schuckart</i>	41
2.4.2. <i>Protokoll der Arbeitsgruppe 4</i>	44
3. NEUE JOBS IN DER KRISE?! ERKLÄRUNG DER ARBEITSMARKT- UND BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHEN KONFERENZ DER HAMBURGER LINKSFRAKTION.....	48
4. ANHANG: IMPULSREFERAT ARBEITSGRUPPE 1: ROLAND KOHSIEK - DER ARBEITSMARKT IN HAMBURG ANFANG 2010	49

1. Eingangsplenum

1.1. Rainer Volkmann: „Alternativer Entwicklungspfad aus der Krise – das Memorandum 2010“

Unabhängig davon, wie die künftige Wirtschaftsentwicklung verlaufen wird und teilweise ein erstaunlicher Pragmatismus der Wirtschafts- und Finanzpolitik („Konjunkturprogramme“) entgegen neoliberaler Dogmen unternommen wurde, ist bisher keine kritische Reflexion der Ursachen dieser Krise in der vorherrschende Mainstream-Ökonomie – und dies ist die neoliberale bzw. neoklassische Theorie – erfolgt.

Ich meine nicht jene Kritik, die zu vernehmen ist und durchaus berechtigt erscheint, wenn sie das Ausmaß und die Ausnutzung der Deregulierungen in der Finanzwirtschaft kritisiert. Wichtig wäre eine grundsätzliche Kritik, die Ursachen benennt: Das überproportionale Wachstum der Finanzwirtschaft ist ein Niederschlag fundamentaler realwirtschaftlicher Verwertungsprobleme, nämlich das Missverhältnis zwischen Gewinnen, Ersparnis und den dazu geringer werdenden Möglichkeiten der rentablen Anlage in der realen Produktionswirtschaft.

Wir haben über Umverteilung, Lohndruck und prekären Entlohnungsformen in dieser Volkswirtschaft die mit Abstand größte Nachfragekomponente geschwächt (so erfolgte zum ersten Male in der Geschichte der BRD ein Konjunkturaufschwung in 2008 mit stagnierendem Konsum) , die folglich auch nicht von der kleinsten (!) Nachfragekomponente – dem Exportüberschuss – kompensiert werden kann.

Daher ist es auch kein Widerspruch, einerseits eine oft überaus erfolgreiche Auslandsexpansion zu beobachten, während gleichzeitig wegen der schwachen Binnennachfrage die Binnenwirtschaft ruiniert ist.

Übrigens: Diesen Leistungsbilanzüberschüssen Deutschlands steht ja bekanntlich als Gegenbuchung der Export von Arbeitslosigkeit, wachsende Verschuldung und Handelsbilanzdefizite des Auslandes zwingend gegenüber.

Die Frage nach den Ursachen der Krisen in anderen Ländern führt immer auch zurück zur Frage, welche Folgen die Außenexpansion Deutschlands hat.

Natürlich steckt der Neoliberalismus in der Krise, auch wenn es die vorherrschende Ökonomie nicht wahrhaben will:

- Die Umverteilung hat zu jenen Gewinn- und Vermögenszuwächsen geführt, die eben nicht real investiert worden sind, weil ihnen schlicht Verwertung in der realen Sphäre wegen mangelnder Nachfrage fehlte.
- Die Leistungsbilanzüberschüsse haben zu Gewinnen geführt, die in internationale Finanzanlagen transformiert wurden
- Die Privatisierung der Alterssicherung hat die Notwendigkeit der Suche nach Anlage in der Finanzwirtschaft erhöht
- Auch die lange Jahre beabsichtigte Reduzierung der staatlichen Nachfrage durch die „Haushaltskonsolidierung“ hat die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gebremst.

Nun: In der umfassenden Krise sahen einige schon die „Chance“ des Untergangs des Neoliberalismus. Aber: Die Wirtschaftspolitik ist überraschend pragmatisch zu einer antizyklischen Krisenpolitik gewechselt. Wir haben Konjunkturprogramme, und AZV (Kurzarbeiterregelung) - und wir haben gegenwärtig den Verzicht auf Sparpolitik

Aber wir haben ebenso: Die Schuldenbremse, die die Kreditaufnahme für den Bund und die Länder und damit antizyklische Wirtschaftspolitik ab 2016 bzw. 2020 praktisch verhindert, ist im Grundgesetz verankert; es werden bereits weitere Steuersenkungen für Unternehmen und Wohlhabende geplant (FDP). Und an den Finanzmärkten sind die vielfältigen Formen der spekulativen Geldanlage, nach wie vor weder national noch international kontrolliert, nach wie vor möglich.

So notwendig hier Kontrolle, Regulierung und Unterbindung wichtig sind; bleibt entscheidend: Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche bleiben unverändert das entscheidende Problem. Die Absorption der realwirtschaftlichen Produktion muss durch die Nachfrage gesichert sein. Umverteilung und Steuervergünstigung zugunsten der hohen und Profiteinkommen schwächen die Nachfrage und lassen weiterhin arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen als sinnlos erscheinen. Die Lücke zwischen den Produktionsmöglichkeiten („Produktionspotential“) und zurückbleibender volkswirtschaftlicher Endnachfrage ist die realwirtschaftliche Krisenerklärung und führt zu anlaufsuchenden Finanzströmen.

Ohne eine grundsätzliche Neuausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist kein nachhaltiger Aufschwung zu erwarten. Aber was ist zu erwarten?

1. Der Export hat in Deutschland eine wachsende Bedeutung für Arbeitsplätze bekommen. Nur wenn sein Anteil am BIP steigt, nur wenn auch weiterhin die USA ihre „Lokomotivfunktion“ für die Weltkonjunktur und viele anderen Länder für ihre Importe aus Deutschland sich weiterhin verschulden, wird der deutsche Export wieder wachsen. Aber diese Voraussetzungen sind zu bezweifeln.
2. Der Konsum ist zunächst noch stabil geblieben, auch wegen der Tariflohnerhöhungen von rd. 3 Prozent - in 2009, der Kurzarbeit (statt Massenentlassungen) und sogar wegen der Abwrackprämie. Aber er wird nur dann ansteigen, wenn die Gewerkschaften die Verteilung ändern, also Abschlüsse über den verteilungsneutralen Spielraum aus Produktivitäts- und Preisentwicklung hinaus durchsetzen, was in Krisenzeiten wohl nicht zu erwarten ist. Der private Verbrauch wird eher wohl sinken wegen der wachsenden Arbeitslosigkeit, auch der „Nullrunden“ bei den Renten und Einsparungen bei den Ländern und Kommunen durch Ausgabensenkungen, Gebührenerhöhungen (siehe auch Hamburg).
3. Für die Investitionen ergeben sich keine Anreize für Erweiterungsinvestitionen; weil die volkswirtschaftliche Endnachfrage bestenfalls stagniert und etwaige zusätzliche Produktion wegen der geringen Kapazitätsauslastung aus gegebenen Kapazitäten befriedigt werden kann.
4. Die Staatsnachfrage wird durch das Auslaufen der Konjunkturprogramme kontraktiv wirken, die Kommunen und Länder werden ihre Ausgaben massiv kürzen, um ihre Verschuldung abzubauen.

Insgesamt deutet die Analyse der einzelnen Wachstumsfaktoren darauf hin, dass 2011 allenfalls eine „Waschbrettkonjunktur“ zu erwarten ist – mit wachsender Arbeitslosigkeit.

So kann nur das Umschwenken auf einen neuen Wachstumstyp eine Chance zu höherer Beschäftigung bringen. Dieser enthält eine nachhaltige Stärkung der Binnennachfrage und bezieht den Staat mit einer dauerhaften Erhöhung staatlicher Ausgaben für Infrastruktur i.w.S. (Bildung, Erziehung, etc) ein. Hier sei in Teilen an das skandinavische Vorbild erinnert. Aus Zeitgründen sei zur Finanzkrise nur so viel: Die Krise hat vor allem die Kreditinstitute in Deutschland betroffen, die sich vom klassischen Bankgeschäft verabschiedet hatten. Daher sind die Banken auf ihre ursprüngliche Rolle der Kapitalsammelstellen und der Kreditvergabe an Staat, Haushalte und Unternehmen zurückzubringen. Durch gesellschaftliche Kontrolle, schließlich ist der Staat oft Eigen- oder Miteigentümer, durch höheren Eigenkapitalanforderungen, Finanztransaktionssteuern und eine Europäische einheitliche Finanzaufsicht sind dringende Reformen endlich durchzusetzen. Die Arbeitszeitverkürzung, eben nicht die „Hartz-Reformen, hat eine Katastrophe am Arbeitsmarkt verhindert. In der Krise wurde diese Arbeitszeitverkürzung praktiziert als Abschmelzung von Arbeitszeitkonten, Abbau von Überstunden, verschiedenen Beschäftigungssicherungsvereinbarungen und Ausweitung der Kurzarbeit. Und der negative Rückgang der Produktivität in 2009 um über 2 Prozent belegt auch, das offenbar Beschäftigte, die nicht ausgelastet sind, in den Betrieben, dennoch (noch) gehalten wurden! So wäre zu überlegen, aus dieser kurzfristig realisierten Situation eine arbeitszeitpolitische Verstetigung zu erkämpfen, zumal der langfristige Beschäftigungsabbau – unabhängig von der Krise – in der Industrie ohnehin hiermit aufgefangen werden könnte. Diese Gewöhnung an kürzere Arbeitszeiten könnte in sog. Beschäftigungssicherungstarifverträgen erreicht werden, mit vollem Lohnausgleich bei niedrigen und mittleren, ohne Lohnausgleich bei hohen Einkommen. Die Frage ist, welche staatlichen Unterstützungen hierzu noch ergänzend sinnvoll wären.

Der schnell gestoppte Krisenabsturz ist nun der beste Beleg für den Erfolg einer expansiven Finanzpolitik. Dies muss verstetigt werden- eben mittelfristig. Umgekehrt darf die für 2011 geplante Steuerreform nicht erfolgen, weil Steuersenkungen aus Erfahrung nur geringe Selbstfinanzierungseffekte hatten: 40-50% des Schuldenanstiegs von 2001-2005 sind auf Steuersenkungen zurückzuführen. Umgekehrt sind gerade der Verzicht auf Steuersenkungen, sondern Kredite zur Stärkung der Binnennachfrage (staatliche Ausgabeprogramme in Bildung, Umwelt, auch unter Berücksichtigung der intergenerativen Relationen gut begründet und rechnen sich wegen ihrer künftigen Erträge. Dieser notwendige alternative Entwicklungspfad wird ein Umbau sein müssen:

-Weg von der Umverteilung, die ökonomisch schädlich ist, weil die die Absorption der Güterproduktion langfristig verhindert

-Weg von den Privatisierungen, die –am Beispiel der Altersvorsorge – gerade Quelle der nach Finanzlage suchender Liquidität wurden.

Langfristig angelegte Infrastrukturprogramme sind aufzulegen für binnenwirtschaftlich ausgerichtete gesellschaftliche Bereiche (Bildung, kommunale Infrastruktur, Bahninfrastruktur, Kultur, soziale Dienstleistungen. Aus den dafür vorgeschlagenen 110 Mrd jährlich (= 4 % des BIP) sind 75 Mrd für öffentliche Investitionen, 18 Mrd in öffentlich geförderte Beschäftigung,

in Zuschüsse für Arbeitszeitverkürzung und 17 Mrd in Unterstützung des privaten Konsums durch Anhebung der Sätze für ALG- II- Empfänger vorgesehen.

Deren Finanzierung erfolgt aus abnehmender Neuverschuldung. Diese Programme haben aber eine hohe Selbstfinanzierung- eben wegen hoher Personalausgabenanteile und ergänzt durch eine Steuerpolitik zur Abschöpfung funktionsloser hoher Einkommensanteile, die sonst weltweit nach Finanzanlagen suchen würden. Auch ist eine Anhebung de e Spitzensteuersatzes von 42 auf 48 Prozent vorgesehen und die Abschaffung der Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkommen von (nur) 25 Prozent. Hinzu kommt eine Anhebung der Körperschaftssteuersätze von 15 wieder auf 30 % Prozent. Die Kommunen werden statt der Gewerbesteuer eine Gemeindegewerbesteuer erhalten, um Freiberufler und selbstständige Einzelunternehmen zu erfassen. Mit dieser Steuer sollen weitere Wertschöpfungsarten wie Zinsen, Pachten, Mieten für die Finanzen der Gemeinden herangezogen werden, die gegenwärtig ein Defizit von 12 Mrd. haben. Die Novellierung der Erbschaftssteuer soll hohe Erbschaften stärker heranzuziehen und auch wieder eine zumutbare Besteuerung der Erbschaften im Falle der erfolgreichen Betriebsfortführung erreichen. Die Finanztransaktionssteuer zur Verlangsamung der internationalen Transaktionen muss eingeführt werden und brächte selbst bei einem Steuersatz von nur 0,1 Prozent rd 27 Mrd. für Deutschland. Und abschließend ist die Betriebsprüfung, zu der rd 3000 Steuerbeamte gegenwärtig fehlen, auszuweiten.

Eine breite Diskussion sollte abschließend der Installierung von Formen der Wirtschaftsdemokratie auf allen Ebenen der wirtschaftlichen Tätigkeit dienen, um eine stabile Durchsetzung dieser Alternativen zu ermöglichen.

1.2. Sabine Zimmermann, MdB: „Arbeitsmarktpolitik in der Krise und die Arbeit der Bundestagsfraktion der LINKEN - Jobwunder Deutschland?“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bundeswirtschaftminister Rainer Brüderle hat am Mittwoch die Wachstumsprognose der Bundesregierung vorgestellt und dabei gesagt: „Wir erleben so etwas wie ein kleines Jobwunder“. Aber die Krise ist noch keineswegs ausgestanden. Es gibt keine Entwarnung. Keiner weiß, wie sich die Weltwirtschaft weiter entwickelt. davon hängt eine Menge für Deutschland ab.

Erst gestern stellte die Unternehmensberatung Boston-Consulting-Group (BCG) eine Studie vor. Danach gehen selbst bei einer wirtschaftlichen Erholung, wie wir sie jetzt haben, in Deutschland bis 2015 hunderttausende Arbeitsplätze verloren. Aber wir müssen festhalten: Tatsächlich hat die tiefste Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik den Arbeitsmarkt weit weniger in Mitleidenschaft gezogen als erwartet.

Im internationalen und europäischen Vergleich ist die Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik überdurchschnittlich stark eingebrochen, aber die Arbeitslosigkeit hat nur unterdurchschnittlich stark zugenommen. (Vergleiche Schaubilder Jahreswirtschaftsbericht)

Im Folgenden gehe ich zunächst darauf ein, ob sich die Krise tatsächlich so wenig auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt hat. Was, um es gleich zu sagen, nicht der Fall ist. Im zweiten Teil spreche ich dann über unsere Antworten als LINKE, die sich daraus ableiten.

Also: Warum hat sich Krise bisher so wenig in der Arbeitslosenstatistik niedergeschlagen?

Zu einem Teil handelt es sich hier um einen **statistischen Effekt**.

Nach der offiziellen Statistik ist die Arbeitslosigkeit im März gegenüber dem Vorjahr um 18.000 Menschen auf 3.568.000 gesunken. Aber nur weil immer mehr Gruppen, z.B. diejenigen, die 1-Euro-Jobs haben oder bei einer privaten Arbeitsvermittlung beschäftigt sind, aus der Statistik heraus fallen.

Zählt man diese mit, hat die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) um 143.000 oder 3 Prozent zugenommen“ zugenommen. Tatsächlich lag die Unterbeschäftigung bei 4.731.308, also 1,2 Millionen mehr als die offizielle Arbeitslosigkeit ausgewiesen hat.

Dazu kommt der demographische Effekt: d.h. es treten mehr ältere Menschen aus der Erwerbsfähigkeit aus, als junge ein. Die Bundesagentur spricht davon, dass das Arbeitskräfteangebot allein 2010 jahresdurchschnittlich um 108.000 abnehmen wird

Dennoch erklärt das nicht allein, warum die Krise bisher nicht voll auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen hat. Dazu im Folgenden einige Erklärungen:

Arbeitslosigkeit hemmende Faktoren

Die **Konjunkturprogramme** haben bisher nur eine geringe Wirkung gehabt. Ökonomen gehen davon aus, dass so der Absturz im letzten Jahr lediglich von -6% auf -5% gedämpft wurde,

der Großteil geht dabei auf die Abwrackprämie zurück mit Stabilisierung der Automobilindustrie.

Einen nicht unbedeutenden Einfluss hat auch der deutsche **Kündigungsschutz**. Anders als in den USA, wo es ohne einen ordentlichen Kündigungsschutz ein hire and fire gibt und die Arbeitslosigkeit deutlich gestiegen ist. Der Kündigungsschutz in Deutschland bedeutet wegen der Sozialpläne hohe Kosten für die Unternehmen. Dort wo es keinen Kündigungsschutz gibt wie bei der Leiharbeit gab es hunderttausende Entlassungen. Sie waren auch die ersten, die in der Krise gehen durften.

Der **wichtigste Punkt** ist jedoch der der **Arbeitszeitverkürzung**. Das ist eine uralte Forderung der Arbeiterbewegung und der Linken, die in der Krise an Brisanz gewonnen hat.

Alle Untersuchungen zeigen deutlich, dass dies der Grund dafür ist, dass bisher Massenentlassungen im produzierenden Gewerbe ausgeblieben sind. Letzteres ist ja besonders von der Krise betroffen gewesen.

An erster Stelle steht der Abbau von Überstunden und die Leerung der Arbeitszeitkonten. An zweiter Stelle die Verkürzung der regulären Arbeitszeit, in bestimmten Betrieben der Automobilindustrie auf 28 Stunden.

Erst an dritter Stelle kommt die Kurzarbeit, die einen Anteil von ca. 25 Prozent an der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung hat.

Damit sind Entlassungen verhindert worden, es kam und kommt aber zu deutlichen Einkommensverlusten für die Beschäftigten.

Das ist natürlich nicht die Arbeitszeitverkürzung für die DIE LINKE steht. Angesichts dieser Entwicklung sollten wir die Forderung nach einer systematischen Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich auf die Tagesordnung setzen.

Wandel der Beschäftigungsverhältnisse

Es ist also Unsinn, wenn die Arbeitsministerin von der Leyen sagt, die Hartz-Gesetze seien verantwortlich für die Stabilität auf dem Arbeitsmarkt.

Einen wahren Kern gibt es aber. Die Hartz-Gesetze haben enorme Auswirkungen darauf, wie sich die Beschäftigungsverhältnisse in der Krise und bis heute entwickeln. Wir erleben eine enorme Prekarisierung, die sich mit Zahlen des letzten Arbeitsmarktberichtes der Bundesagentur für Arbeit belegen lässt.

Dort heißt es: „Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag im Januar nach der Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit bei 27,30 Mio., gegenüber dem Vorjahr war das ein Rückgang von 74.000.“

Schon das ist bezeichnend, denn laut Statistik hat ja die Arbeitslosigkeit abgenommen.

Richtig interessant wird es dann: „Ohne den anhaltenden Zuwachs der Teilzeitbeschäftigung wäre der Abbau der sozialversicherungspflichtigen

Beschäftigung deutlicher ausgefallen.“ In Zahlen hat die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung um rund 320.000 abgenommen. Um 250.000 zugenommen hat die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung. Hinzukommen noch 31.000 mehr Minijobs.

Das ist die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt: Der Abbau von regulären meist gut bezahlten Jobs vor allen in dem produzierenden Gewerbe, die Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen vor allem bei den Dienstleistungen im Gesundheits- und Sozialbereich.

Diesen Wandel der Beschäftigungsverhältnisse bestätigt auch eine Anfrage zu den offenen Stellen, die ich erst letzte Woche gestellt habe.

Danach gibt es nicht nur viel zu wenig offene Stellen, ca. 500.000 davon aber lediglich gut die Hälfte reguläre Stellen ohne staatliche Förderung. Die Unterbeschäftigung liegt wiegesagt bei 4,7 Mio.

Bei den offenen Stellen handelt es sich immer weniger um ordentliche Arbeitsplätze, die ein gutes Einkommen und eine sichere Lebensplanung ermöglichen. Nur 36% aller offenen Stellen sind unbefristet Vollzeitarbeitsplätze, der Rest Minijobs, Teilzeit, Leiharbeit oder bzw. und befristete Arbeitsplätze. Vor der Krise, im März 2008, lag der Wert der unbefristeten Vollzeitarbeitsplätze noch bei 43 Prozent.

Die Regierung will diese Entwicklung zu Billigjobs voran treiben. Selbstverständlich hält sie an den Hartz-Gesetzen fest. Und sie will diesen Kurs noch verschärfen. Ich nenne hier nur Stichworte: jegliche Einschränkungen für befristete Arbeitsverträge aufheben, Ausweitung der Minijobs und Kombilöhne sowie Bürgergeld.

Aus diesen Vorhaben der Regierung und der mir geschilderten Arbeitsmarktbilanz, leiten sich die Anforderungen an einen linken Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik ab.

Wir haben im Bundestag dazu eine Vielzahl von Initiativen gestartet, die ich im folgenden schwerpunktmäßig benenne.

- a) Eine bessere Absicherung gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit und Stärkung der Arbeitslosenversicherung
- b) Ein Zukunftsprogramm zur Schaffung von 2 Millionen neuer Arbeitsplätze
- c) Reregulierung des Arbeitsmarktes

Wir wollen:

Eine bessere Absicherung gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit und Stärkung der Arbeitslosenversicherung

Dafür haben wir bereits folgende Initiativen gestartet:

1. Wir wollen die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I krisenbedingt von derzeit 12 auf 24 Monate verlängern.

Einige Branchen gehen jetzt raus aus dem Kurzarbeitergeld, und andere gehen rein.

Wegen der „Hartz-Reformen“ können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jahrzehntelang in die Arbeitslosenversicherung einzahlen. Soweit sie nicht älter als 50 Jahre sind, erlischt ihr Anspruch auf das Arbeitslosengeld I nach spätestens 12 Monaten.

Mit der Krise ist die Zahl derer, die keine Beschäftigung mehr finden und direkt vom Arbeitslosengeld I in Hartz IV rutschen kontinuierlich gestiegen. Im letzten Jahr gingen monatlich mehr als 20.000 Menschen direkt vom Arbeitslosengeld I ins Arbeitslosengeld II über. Neun von zehn Betroffene bezogen dabei das Arbeitslosengeld 12 Monate oder weniger.

Dieser schnelle Absturz in Hartz IV verängstigt Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir wollen verhindern, dass die falschen die Kosten für die Krise zahlen.

2. Wir wollen die Arbeitslosenversicherung ausbauen

Die jetzige Arbeitslosenversicherung gilt nicht für alle Erwerbstätigen. Eine gewisser Teil der Selbständigen kann sich bisher unter bestimmten Bedingungen freiwillig in der Arbeitslosenversicherung versichern.

Zum Jahresende läuft diese Regelung aus. Wir haben dazu im März in den Bundestag einen Gesetzentwurf eingebracht, um diese Regelung unbefristet zu verlängern.

Das ist dringend notwendig. Denn jenseits der kollektiv organisierten Arbeitslosenversicherung ist es vielen Selbständigen kaum möglich, für den Fall der Arbeitslosigkeit finanzielle Rücklagen zu bilden. Laut Bundesregierung erzielen immer mehr Selbständige ein Einkommen, das so niedrig ist, dass sie Hartz IV beziehen müssen. Nach letzten verfügbaren Zahlen vom September 2009 waren es 114.000. Das sind 14.000 mehr als im Vorjahr. 2005, bei der Einführung von Hartz IV, waren es noch 47.000 gewesen.

Am Mittwoch dieser Woche hat nun das Kabinett eine entsprechende Regelung beschlossen.

3. Wir wollen in einem ersten Schritt die Regelsätze von Hartz IV für Erwachsene auf 500 Euro anheben.

Denn von einer ausreichenden materiellen Sicherung bei Erwerbslosigkeit kann keine Rede sein. Es bleibt dabei: Hartz IV ist Armut per Gesetz und menschenunwürdig.

Nun müssen wir aufpassen, dass das Urteil des Bundesverfassungsgericht nicht dazu benutzt wird, das niedrige Niveau in einer anderen Art und Weise festzuschreiben.

4. Wir wollen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit mehr und besser öffentlich geförderte Beschäftigung.

Gute öffentlich geförderte Beschäftigung heißt für uns: Wir wollen mit Mitteln der Arbeitsmarktpolitik sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu Mindestlohnbedingungen oder mit tariflicher Entlohnung schaffen – und das basierend auf dem Prinzip der Freiwilligkeit.

Notwendig dafür ist ein grundlegender Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik.

Mit den Hartz-Gesetzen haben Union, SPD, FDP und Grüne sinnvolle Arbeitsmarktinstrumente für öffentlich finanzierte Arbeitsplätze abgeschafft und stattdessen die unsäglichen Ein-Euro-Jobs eingeführt.

Ein-Euro-Jobs verdrängen bestehende Arbeitsplätze, sie disziplinieren Erwerbslose, führen sie aber nicht aus der Hilfebedürftigkeit heraus.

Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind fatal. Es gibt einen Erdrutsch bei der Zahl der regulären sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze und einen Vormarsch von Billigjobs. Das muss gestoppt werden!

Wir haben:

Ein Zukunftsprogramm zur Schaffung von 2 Millionen neuen Arbeitsplätze

Das Zukunftsprogramm von 100 Millionen Euro umfasst folgende Schwerpunkte und schafft so mindestens zwei Millionen zukunftsfähige und tarifliche entlohnte Vollarbeitsarbeitsplätze im öffentlichen Dienst und in der privaten Wirtschaft.

50 Mrd. Euro jährlich für den Ausbau des öffentlichen Dienstes und hier besonders in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit, Pflege und Kultur, Polizei.

50 Mrd. Euro jährlich als zusätzliche öffentliche Investitionen zur Erneuerung von Bildungs- und Kultureinrichtungen, Verkehrsinfrastrukturen, der energetischen Gebäudesanierung, des öffentlichen Personennah- und des Schienenverkehrs sowie der erneuerbaren Energien.

Nun kommt immer wieder die Frage der Finanzierung.

Finanziert werden soll das Programm über höhere Steuern auf Unternehmensgewinne und Privatvermögen:

- Privatvermögen von über 1 Mio. Euro sind mit 5 Prozent zu besteuern.
- Die Erbschaftsteuer ist so zu reformieren, dass große Erbschaften deutlich stärker besteuert werden als bisher.
- Drittens ist der Körperschaftsteuersatz wieder auf 25 Prozent anzuheben.

Darüber ist durch die zusätzliche Beschäftigung mit einer Selbstfinanzierungsquote von mindestens 50 Prozent zu rechnen, das heißt, dass mehr Arbeitsplätze auch mehr Steuereinnahmen und mehr Beiträge in die Sozialversicherungen bedeuten.

Ferner fordern wir für die Bewältigung des Strukturwandels einen „**Zukunftsfonds** zur sozial-ökologischen Erneuerung der Industrie“ von 25 Mrd. Euro. Dieses Geld soll ausschließlich in Form staatlicher Beteiligungen vergeben werden mit dem Ziel Überkapazitäten abzubauen und das produzierende Gewerbe auf innovative, energie- und rohstoffeffiziente Verfahren und Produkte umzustellen.

Der Zukunftsfonds soll demokratisch unter Beteiligung des Parlaments, von Gewerkschaften und Umweltverbänden kontrolliert werden. Die Mittelvergabe wird an die Einführung der paritätischen Mitbestimmung und Beschäftigungssicherung geknüpft.

Wir wollen eine Reregulierung des Arbeitsmarktes

Unbefristete Vollzeitarbeit, die anständig entlohnt wird und arbeits- und sozialrechtlich abgesichert ist, muss die Regel werden:

Dafür muss bei in der Leiharbeit das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ab dem ersten Einsatztag ohne Ausnahme gelten.

Dafür sind sachgrundlose Befristungen abzuschaffen. Ein Arbeitsvertrag darf nur aus triftigen Gründen befristet werden.

Um Minijobs einzudämmen muss jede Stunde Arbeit der vollen Sozialversicherungspflicht unterliegen. Geringfügige Beschäftigung darf nicht weiter subventioniert werden.

Der Arbeitstag muss begrenzt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Dazu ist die gesetzlich zulässige Höchstarbeitszeit in einem ersten Schritt auf 40 Stunden pro Woche zu reduzieren.

Und wir brauchen endlich einen gesetzlichen Mindestlohn.

Wir haben 3,9 Millionen Menschen, die weniger als 10 Euro die Stunde verdienen. Sie würden von einem gesetzlichen Mindestlohn, wie wir in fordern profitieren.

Nun hat die SPD gestern stolz einen Mindestlohn-Antrag in den Bundestag eingebracht, nachdem sie unsere Anträge dreimal abgelehnt haben. Allerdings waren sie da in der Koalition.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir werden als LINKE unsere Forderungen nicht allein durchsetzen können.

Dazu bedarf es eines breiten gesellschaftliches Bündnis mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Erwerbsloseninitiativen und vielen anderen.

Deshalb ist so eine Tagung wie heute richtig und notwendig.

Ich wünsche uns dafür viel Erfolg.

1.3. Signe Færch: Arbeitsmarktpolitische Alternativen in Dänemark - Dreimal Drei Entwicklungen in der Kommune Kopenhagen

Mein Name ist Signe Færch und ich bin seit der letzten Kommunalwahl Mitglied der Bürgerschaft, in der Fraktion der Einheitsliste (Enhedslisten). Dort bin ich Sprecherin für den Bereich, der unter anderem die Beschäftigungs- und Integrationspolitik umfasst. Außerdem sitze ich im Sozialausschuss. Die Einheitsliste ist auf Landesebene eine kleine Partei, mit einem Anteil von 2,2 Prozent der Stimmen bei der letzten Folketingswahl. Aber in der Kommune Kopenhagen sind wir immerhin die drittstärkste Partei und erhielten bei der Kommunalwahl im November 2009 zuletzt 10,9 Prozent der Stimmen. In der Kommune haben die Sozialdemokraten, die Sozialistische Volkspartei eine Mehrheit. Alle drei Arbeiterparteien haben zusammen 63 Prozent der Stimmen erhalten.

Wir arbeiten sehr viel mit den Gewerkschaften zusammen, aber die Gewerkschaften haben zugleich auch eine wichtige Rolle, insofern sie mit dem kommunalen politischen System zusammenarbeiten. Vor der Kommunalwahl haben die drei Arbeiterparteien mit den Gewerkschaften den „LO-Vertrag“¹ gemacht. Vor diesem Hintergrund werde ich jetzt etwas darüber erzählen, was derzeit auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik in Kopenhagen passiert. Ich kann *erstens* über drei gute Dinge berichten, dann *zweitens* über drei Dinge, die wir als Einheitsliste kritisieren. Und schließlich werde ich *drittens* über drei Dinge berichten, die wir vorgeschlagen haben, mit denen wir aber alleine stehen bzw. uns bislang nicht durchsetzen konnten.

Zunächst, erstens, zu den positiven Entwicklungen.

1. Der „Pakt zur Unterstützung der Arbeitsmöglichkeiten junger Leute“

Wir haben vereinbart, dass ein besonderes Augenmerk auf die jungen Erwerbslosen gerichtet werden sollte. Ziel ist, Langzeiterwerbslosigkeit zu verhindern. Es werden 500 Praktikumsplätze in der Kommune geschaffen, um die Knappheit in diesem Bereich zu beseitigen. Es handelt sich um Praktika, die in Dänemark verpflichtend sind, wenn man eine Berufsausbildung abschließen möchte. Ferner haben wir Soziale Auflagen (sociale klausuler) eingeführt, die Zusammenarbeitspartner der Kommunen wie zum Beispiel Baufirmen dazu verpflichten, ebenfalls Praktikumsplätze zur Verfügung zu stellen und damit ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen. Eine solche Regelung wurde bereits früher angestrebt, aber nicht umgesetzt.

2. Große Bauprojekte, die die Wirtschaft stimulieren

Das politische Abkommen namens *Kickstart København*, das im Kommunalparlament beschlossen wurde, enthält Bau- und Sanierungsprojekte im Umfang von mehreren Milliarden Dänischen Kronen und schafft auf dieser Grundlage Arbeitsplätze. Außerdem soll weiter in

den Ausbau der U-Bahn (Metro) investiert werden. Wie Detlef bereits erklärt hat, gibt es in dieser Hinsicht nach wie vor das Problem, dass die von der Zentralregierung angeordnete Deckelung der kommunalen Personalausgaben (*særlige serviceloft*) bedeutet, dass wir unser Geld dazu verwenden, Häuser zu bauen, aber zugleich kein weiteres Personal einstellen dürfen.

3. Der kommunale Arbeitsmarkt

Als Folge der Rezession ist eine Diskussion entstanden, in der die Idee aufgekommen ist, kommunal finanzierte Arbeitsplätze zu errichten, die speziell für diejenige Gruppe gedacht sind, die sozial besonders belastet ist und auf dem normalen Arbeitsmarkt nicht unterkommen kann. Es gibt allerdings noch keinen Konsens darüber, zu welchen Bedingungen diese Arbeitsplätze eingerichtet werden sollen. Wir als Einheitsliste fordern, dass der Tariflohn nicht unterschritten werden darf.

Damit komme ich zweitens zu den Dingen, die wir in Kopenhagen kritisieren. Dazu gehört:

1. Das gesamte System, mit dem Erwerbslose konfrontiert werden

Die Erwerbslosen müssen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, wenn sie Leistungen beziehen wollen. Diese Forderung wird in Dänemark in einer Form der extremen Kontrolle, Bürokratisierung und verbunden mit unangemessenen Forderungen umgesetzt. Ein Beispiel ist, dass Erwerbslose genötigt wurden, jeden Tag vier Stunden vor dem Internet zu verbringen, um Jobs zu suchen, die es de facto nicht gibt.

2. Der qualifizierende Aspekt der "Aktivierung" muss stärker betont werden

Im Moment werden die Leute in sinnlose Projekte geschoben, in denen sie Jobs suchen, die es einfach nicht gibt. Wir sollten die Krise nutzen, um Menschen, die erwerbslos werden oder bleiben die Möglichkeit zu geben, sich bedeutende Kompetenzen anzueignen.

3. Die Situation der am stärksten Benachteiligten

Wir haben einen Mangel an angemessenen Arbeitsmöglichkeiten (Flexjobs) für diejenigen, die es am schwersten haben, sich auf dem normalen Arbeitsmarkt zu etablieren. Kopenhagen ist zugleich die Stadt, in der es am schwersten ist, eine Frühverrentung anerkannt zu bekommen.

¹ LO: Landsorganisation i Danmark, Dachverband der dänischen Industriegewerkschaften.

Drittens werde ich nun einige Ideen der Einheitsliste benennen, Ideen, für die wir kämpfen, die wir aber bislang nicht durchsetzen konnten.

In Bezug auf diese Vorschläge muss man zunächst feststellen, dass es sich um solche handelt, die mit der Marktlogik brechen (also ist es kein Wunder, dass der Widerstand der etablierten Parteien hier am größten ist). Es geht darum, die Kommune als Akteur zu fassen, der wirklich in der Lage ist, zur Schaffung von Arbeitsplätzen beizutragen.

1. Wir wollen eine Abteilung einrichten, die die kommunale Beschäftigung von Handwerkern initiiert. Diese könnten kleinere Sanierungs- und Reperaturmaßnahmen durchführen. Es wäre dann überflüssig, private Firmen mit solchen Aufgaben zu beschäftigen.
2. Wir schlagen vor, eine grundlegende energetische Aufwertung unserer kommunalen Gebäude vorzunehmen. Das ist gut für das Klima und rechnet sich schnell, weil man Energiekosten sparen wird. Außerdem würde es den Bausektor, der stark von der Krise betroffen ist, fördern.
3. „Insourcing“: Wir schlagen vor, die Aufgaben, die in den letzten Jahren und fast Jahrzehnten ausgelagert und privatisiert wurden, wieder als kommunale und öffentliche Aufgaben zu definieren. Im Abkommen mit den Gewerkschaften und den anderen Arbeiterparteien sprechen wir tatsächlich davon, alle ausgelagerten Aufgaben neu anzusehen und zu überprüfen, ob ein solches „Insourcing“ möglich ist. Sehr wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass diese Linie zugleich die Mitarbeiter der Stadtreinigung stützt, die sich zurzeit gegen Outsourcing und Privatisierung wehren.

2. Arbeitsgruppen

2.1. Arbeitsgruppe 1: „Welche arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Alternativen können die Massenarbeitslosigkeit in Hamburg spürbar reduzieren?“

2.1.1. Impulsbeitrag Wolfgang Joithe MdHB

Rede Wolfgang Joithe, Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Kolleginnen und Kollegen

"Arbeit, Arbeit über alles - oder was?"
Wege aus dem Arbeitswahn

auch das hätte eine Überschrift für diese Konferenz sein können. Oder Parolen wie diese:

Arbeit, Arbeit, Arbeit (SPD-Wahlslogan)

Arbeit hat Vorfahrt (FDP-Wahlslogan)

Arbeit soll das Land regieren (PDS-Wahlslogan)

Sozial ist, was Arbeit schafft (CDU-Wahlslogan)

Viele von Ihnen werden wahrscheinlich den letzten Slogan der richtigen Partei zuordnen können. Bei den vorangehenden Parolen fällt die Zuordnung dann schon schwerer. Austauschbar und beliebig – wie mancher Leitsatz zum 1. Mai. Oder „Gute Arbeit, guter Lohn und gutes Essen“ oder so ähnlich.

Hier soll es heute um arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Alternativen gehen. Und am Ende könnte dann in der Arbeitsmarktpolitischen Erklärung der Hamburger LINKEN unter anderem als Forderung stehen:

- Die unverzügliche Abschaffung der Ein-Euro-Jobs und ihre Ersetzung durch öffentlich geförderte, tariflich bezahlte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung als ersten Schritt zur Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors.

So zumindest sieht es der Diskussionsentwurf vor.

Und darüber sollten wir uns – so meine ich – hier auseinandersetzen. Was meinen wir mit ÖBS, was meinen wir mit öffentlich geförderter Beschäftigung? Öffentlich geförderte Beschäftigung findet sich wieder in § 16 des SGB II, auch Hartz IV genannt. Diese Gesetze will unsere

Partei doch in die Tonne treten. Dann kann man darauf auch keinen so genannten Beschäftigungssektor aufbauen, der in Berlin allerdings in der rot-roten Koalition seine Blüten treibt und inzwischen auch in Teilen der Bundestagsfraktion hoffähig geworden ist.

Oder meinen wir die öffentlich geförderte Beschäftigung, wie sie als Stufe 4 des Konzeptes Bürgerarbeit vorgesehen ist im „aktivierenden Sozialstaat“ mit der Zwangsarbeit-Perspektive?

Die SPD in der Hamburgischen Bürgerschaft brachte am Mittwoch, dem 21. April einen Antrag ein mit der Überschrift. „Hausbetreuerlogen zügig sichern – langfristige Perspektiven entwickeln“. Dabei ging es um den Wegfall von Ein-Euro-Jobs in den Wohnanlagen der städtischen SAGA GWG. Ende 2009 waren dort 151 Langzeiterwerbslose in Arbeitsgelegenheiten beschäftigt. Der Bundesrechnungshof sah die Ein-Euro-Jobs nicht als zusätzlich an, die Stellen müssen wegfallen. In epischer Breite stellt die SPD in ihrem Antrag dar, wie wichtig diese Hausbetreuer für Sicherheit und Ordnung und überhaupt wären. Und kommt dann zu dem verblüffenden Schluss, dass diese Arbeitsgelegenheiten weiter Arbeitsgelegenheiten bleiben sollten, nun allerdings in der so genannten Engeltvariante. Da zahlen wir aus Steuergeldern bis zu 75 % dazu (wenn die SAGA GWG gemeinnützig wäre bis 100%) und subventionieren die Concierge für die SAGA-Häuser.

Auf die Idee, dass die SAGA GWG diese Haubetreuer doch selbst einstellen könnte, wenn die so notwendig für Sicherheit und Ordnung sind, kam die SPD nicht. Wir haben dazu einen eigenen Antrag eingereicht der genau das fordert. Und das heißt im Klartext: keine öffentlich geförderte Beschäftigung, sondern Arbeitsplätze bei der SAGA. Punktum.

Zum Schluss: Die SPD forderte für diese Tätigkeiten in Vollzeit in etwa 1.100 bis 1.250 Euro brutto. Da ist das Netto dann an der Armutsgrenze. Oder auf dem Niveau von Hartz IV, inklusive Miete und Heizung. Wollen wir eine solche öffentlich geförderte Beschäftigung?

Ich freue mich auf eine offene Diskussion Danke für ihre Aufmerksamkeit.

2.1.2. Protokoll der Arbeitsgruppe 1

Protokoll: Helli Laab

Welche arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Alternativen können die Massenarbeitslosigkeit in Hamburg spürbar reduzieren?

Moderation: Peter Petersen

Impulsbeiträge: Roland Kohsiek, Wolfgang Joithe, Ralf Hagelstein

16.00h - 18.00 h

Ausgehend von der Tatsache, dass das Problem Arbeitslosigkeit in Hamburg deutlich größer ist, als von offizieller Seite zugegeben, gab Peter Petersen zwei strukturierende Fragen vor:

1. Was wird getan, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und
2. Was müsste man tun.

Roland Kohsiek lieferte gutes Zahlenmaterial; abgesehen von der Komplexität des Themas ergab sich daraus, dass Hamburg sich einerseits beinahe vollständig aus der Arbeitsmarktpolitik zurückgezogen hat, aber durch die Mehrheit in der Trägerversammlung der ARGE durchaus in der Lage wäre, die Schwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik anders zu setzen - die Stadt möchte das auch, hat aber bisher kein Konzept, lediglich die Einrichtung von 1-Euro-Jobs, für die sie 50 Mio. jährlich aufwendet.

Wolfgang Joithe fragte, ob es nicht sinnvoll wäre, die 1-Euro-Jobs durch Maßnahmen im ÖBS zu ersetzen, also sozialversicherungspflichtige Jobs zu schaffen. Allerdings müssten diese dann höher dotiert sein, als ÖBS in Berlin, die für die Betroffenen mit einem Verdienst von 1300 € brutto ein Nettogehalt kaum höher als das Einkommen eines Hartz4-Beziehers ergeben, vor allem auch, da diese Jobs nicht arbeitslosenversichert sind. Da käme man in gefährliche Nähe zu der von der FDP vorgeschlagenen „Bürgerarbeit“, die kostenneutral zu Transferleistungen finanziert werden soll.

Ralf Hagelstein fragte sich, wo überhaupt unsere Optionen lägen? Die klassische Arbeitsmarktpolitik greift nicht mehr, übrigens schon seit den 1970-iger Jahren des letzten Jahrhunderts. Seit Abschluss des Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg steigt die Massenarbeitslosigkeit kontinuierlich an. Darüber hinaus wird die Statistik manipuliert, es gibt 1,5 Mio. Arbeitslose mehr, als offiziell angegeben. Sinnvolle Maßnahmen wie ABM wurden einkassiert, aber Unsinnige, wie wiederholtes Bewerbungstraining gefördert.

Als positiv wurde die Förderung abgehängter Stadtteile genannt, jedenfalls als guter Anfang, auch wenn einzelne Maßnahmen wie Zuschüsse für Grundeigentümer für Sanierungsmaßnahmen in einzelnen Vierteln zunächst mal befremdlich klingen. Hier wurde es als sinnvoll angesehen, 1-€-Jobber als eine Art Behördenscout einzusetzen.

Ein Genosse erwähnte 3000 Stellen § 16e, die durch Träger angeboten werden, die durch Zuschüsse die Sozialpädagogenstellen in den Trägervereinen finanzieren.

Hier klang ein Thema an, das sich durch die weitere Diskussion zog - was ist Arbeitsförderung, was ist Sozialmaßnahme. Das müsste jedenfalls ausgesprochen werden.

Andererseits gibt es natürlich gute Gründe für eine andere Arbeitsmarktpolitik i.S. von Qualifikation, Erhalt von Beschäftigung, die wäre auch dann sinnvoll, wenn sie die Sozialpolitik streift. Wichtig ist, dass Beschäftigung sinnvoll ist - dann bringt's auch was für die Geförderten.

Vor allem langfristige Qualifizierungsmaßnahmen wären erfolgreich - die Geförderten bekommen dann auch gute Arbeit, das wären gar nicht so wenige. Daß einige Wenige von ihnen im Anschluss die Arbeit verlören, wäre natürlicher Fluktuation zuzuschreiben.

Hier wurde wieder gefragt, ob es sinnvoll ist, 1-€-Jobs durch ÖBS zu ersetzen, allerdings wurde hier die Gefahr betont, damit reguläre Jobs überflüssig zu machen.

Der geforderte, massive Aufbau beruflicher Qualifizierung durch Berufsabschluss oder längerer Umschulung wurde unter dem Gesichtspunkt hinterfragt, ob die Einführung der bedingungslosen Grundsicherung bzw. dem bedingungslosen Grundeinkommen besser wäre - umso mehr als diese Förderung nur an Jüngere ginge.

Einem Genossen war wichtig, zu betonen, dass die Träger Gelder abgraben würden - als negatives Beispiel wurde die Rathauspassage genannt, hier würden u.a. 1-€-Jobber als Münztoilettenmänner eingesetzt, auf Kraft untergebracht (das bestätigte ein weiterer Tn). Der Trägersumpf gehöre bereinigt, die Träger würden nur EU-Mittel abgreifen wollen, Kopfpauschalen kassieren. Diese Entwicklung sei besonders seit 2005 zu beobachten.

Wieder wurde eingeworfen, seit den 70-iger Jahren greife kein beschäftigungspolitisches Instrument mehr, bei steigender Arbeitslosigkeit würden die Maßnahmen immer schlechter, bedeuteten Verschlechterung für die Betroffenen. Wir würden mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung brauchen und mehr originäre berufliche Qualifizierung, trotz Wirtschaftskrise.

Hier wurde entgegnet, die Wirtschaftspolitik lasse die Arbeitslosigkeit steigen, nicht die verfehlte Arbeitsmarktpolitik. Das Nichtgreifen der Maßnahmen sei gewollt, um eine entsprechende Verteilung der Gelder zu erreichen.

Problematisch sei auch, dass sich ein großer Teil der 1-€-Jobber mit ihrer Situation arrangiert habe, die entsprechende Beschwerde-Hotline der Gewerkschaften würde nicht nachgefragt. Die Betroffenen würden auch schlechte Arbeit als integrierend und sinnstiftend erleben.

Ein Genosse verlangte die Abgrenzung zur Zwangsarbeit. Voraussetzung für Freiwilligkeit und Sinnhaftigkeit von Arbeit sei ein bedingungsloses Grundeinkommen, er plädierte für wirkliche Sanktionslosigkeit, das würde gesellschaftliche Konflikte entschärfen. Arbeitsfähigkeit könne nicht durch Zwangsmaßnahmen erhalten werden, nur die Sinnhaftigkeit von Jobs wäre da angebracht.

Hier wurde die Frage der Qualifikation der Arbeitnehmer unter dem Gesichtspunkt akademisches Prekariat angesprochen, hier viele Fragezeichen gesehen. Wäre hier BGE die Lösung? Aber an wen richte sich die Frage, gäbe es das Volk als demokratischen Souverän überhaupt? Oder ist der Staat als Angesprochener nicht in der Rolle des Wolfs, der Wohltaten verteilen sollte?

Wieder wurde auf ABM eingegangen, das wäre doch erfolgreich gewesen. Ursprünglich hätte die PDS das stark gefordert, das wurde aber bewusst untergehen lassen. Wie könnte das auf kommunaler Ebene eingeführt werden.

Ein Genosse sah die Gefahr, dass BGE die Arbeitsmarktpolitik gefährden könne. Nach der NRW-Wahl wäre ohnehin ein Streichkonzert zu erwarten, das würde hier reinpassen - wir müssten sehr vorsichtig argumentieren. Es käme immer auf die einzelnen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik an und es sei schwierig, den Erfolg zu messen. Wichtig wären langfristige Beschäftigungschancen.

Längerfristige Umschulungen verbesserten die Chancen der Umgeschulten zwar wirklich, öffentlich geförderter Berufsabschluss wäre am besten. Aber auch die durchschnittliche Verweildauer im Beruf müsste beachtet werden - Negativbeispiel: So gut wie Alle Personen, die als Altenpfleger umgeschult wurden, kriegten einen Job - würden es aber im Schnitt nur 5 Jahre aushalten wg. der Arbeitsbedingungen.

Auch die Konjunkturabhängigkeit von Jobs spiele eine Rolle, ebenso wie die Steigerung der Produktivität insgesamt. Nötig wäre eine flächendeckende Arbeitszeitverkürzung.

Es müsste also bei der Qualifizierung der Einzelnen bleiben, aber die Mittel müssten gezielt eingesetzt werden.

Ein weiterer Genosse sah das auch so, hielt das Abschaffen von Arbeitsmarktpolitik für Unfug. Wie stellten wir uns eigentlich die Abschaffung von Hartz-4 vor, wodurch sollte es ersetzt werden - BGS oder BGE, ob und welche Sanktionen ... Auch war er nicht von vornherein bereit, 1-€-Jobbern grundsätzliche Unzufriedenheit mit dem Job zu attestieren, das hinge wohl auch davon ab, wie gefragt würde (Hotline der Gewerkschaft). Die Frage wäre auch, welchen Anspruch man habe - war sich der Betroffene auch schon vorher als Arbeitnehmer seiner Rechte bewusst, usw.

Arbeit in einer Schulkantine könne mehr oder weniger sinnvoll sein, das hinge von der Organisation der Arbeit ab. Fände hier eher eine Querfinanzierung von Jugendhilfe statt, etwa, indem durch Einstellung von 1-€-Kräften als Kantinenkraft Sozialpädagogenstellen bzw. die Verwaltung des Trägers finanziert werde?

Es ging also wieder um die Verfilzung von Interessen, nicht die Träger sollten gefördert werden, sondern die Betroffenen.

Gegenposition: Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bzw. Jugendhilfe wären schwer zu trennen, diese Verwischung habe auch ihr Gutes - jemand fand tariflich bezahlte Arbeit. Die Menschen in den Einrichtungen fänden ein weniger raues Arbeitsklima vor als im ersten Arbeitsmarkt, ein toleranter Arbeitgeber sei doch gut, im Grunde sei das ÖBS. Wie definiere man im Übrigen sinnvolle Arbeit?

Außerdem hätten diese Maßnahmen auch wirklich Einfluss auf die Arbeitslosigkeit - in HH seien etwa 4500 Menschen davon betroffen. Das sei gute Arbeitsmarktpolitik, auch wenn man damit die Auswirkung der Wirtschaftspolitik natürlich nicht verändere. Bisschen mehr Sinn im Leben und Kommunikation sei doch auch was.

Das BGE wurde hier wieder angesprochen - es habe den Fehler, Vermögende zu fördern. Anhebung der Regelsätze für Hartz 4 ja, Sanktionsmoratorium ebenfalls, Arbeitszwang nein, aber überhaupt keine Anforderungen an die Geförderten zu stellen, ginge ins Leere.

Dann tauchte die Forderung nach 'richtiger' Arbeit mit flächendeckend verkürzter Arbeitszeit auf, Arbeit sei momentan zu billig. Vorhandene Gelder seien für Öko-Projekte einzusetzen, das schaffe wiederum Arbeit, Kraft-Wärme-Kopplung würde ebenfalls zum Abstellen der AKW's führen können - hier: Protest wg. Themawechsel.

Die Frage müsse sein, lohne sich die geförderte Arbeit, sei sie sinnvoll - Weg mit der Arbeitsmarktpolitik insgesamt, sei mit Vorsicht zu genießen, dass die Wirklichkeit schlecht sei, eh klar. Der Arbeitsmarkt insgesamt habe sich katastrophal verändert. Zum akademischen Prekariat sei zu sagen, es gebe zwar Akademikerarbeitslosigkeit, aber es stimme auch, dass je höher die Qualifikation sei, desto geringer die Gefahr, arbeitslos zu sein.

Der Zwangscharakter von Hartz 4 wurde an dieser Stelle betont, der negative Einfluss der Sanktionsmaßnahmen auf die Motivation.

60% der Erwerbstätigen (neu eingestellten ?) haben nur mehr befristete Beschäftigung, die Erwerbsbiographien seien insgesamt perforiert. Förderungsmaßnahmen würden zum Teil in diese Richtung gehen, schwierig, da die Vor- und Nachteile abzuwägen.

Hier wurde das Negative der derzeitigen Arbeitsmarktpolitik gesehen, aber: momentan müsste ein Arbeitsloser schon einiges leisten, um überhaupt gefördert zu werden. Qualifizierung schütze nicht vor Arbeitslosigkeit. Der Genosse bleibt dabei, die Verwischung von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sei schädlich, es würden die falschen Maßnahmen finanziert, Arbeit und Caritas seien zwei Baustellen. Natürlich sei die Zuordnung der Schuld bei den Arbeitslosen grundfalsch, man fokussiere immer auf Hilfe für Jemand, der angeblich nicht fähig sei. Aber: Arbeitsmarktpolitik ist die Balance von Angebot und Nachfrage, nicht Sozialpolitik für Sozialpädagogen.

Dann wurde die Frage nach der Optionskommune gestellt. Der Senat wolle sie, die SPD ziere sich noch - eine Gefahr der Optionskommune sei, sie würde den Zugriff auf Arbeitslose verstärken.

Zur arbeitsmarktpolitischen Erklärung:

Diskutiert wurde:

- „die unverzügliche Abschaffung von 1-€-Jobs“ sei anders zu definieren unter Berücksichtigung der sinnvollen Rolle von ABM oder mindestens Forderung nach Übernahme in sozialversicherungspflichtige Jobs, die sinnvoll und freiwillig sein müssten. Nur Streichen wäre verhängnisvoll. Ebenfalls Aufstockung der Mittel gefordert.

- Der Wunsch nach Einfügung von Diskussionsteilen über BGE wurde abgeschmettert,
+da Bundespolitik zuständig ist.

2.2. Arbeitsgruppe 2: „Welche Beiträge kann eine arbeitnehmerorientierte regionale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik leisten, um nachhaltige und tariflich gesicherte Arbeitsplätze zu schaffen?“

2.2.1. Impulsbeitrag: Dr. Rainer Volkmann

Stichwortepapier zu AG 2

Welche Beiträge kann eine arbeitnehmerorientierte regionale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik für nachhaltige Arbeitsplätze schaffen?

1. Auch arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Positionen, Forderungen müssen zunächst klären, aus welchem theoretischen Verständnis der Erklärung und Überwindung von Arbeitslosigkeit heraus argumentiert wird. Und dies muss offengelegt werden, damit „Anderen“ damit eine Einordnung, Kritik und Ergänzung der Forderungen verständlich und damit möglich wird
2. Forderungen/Konzepte müssen „hier und heute“ machbar erscheinen, um den Vorwurf vom politischen Gegner und anderen zu vermeiden, ein unrealistisches und utopisches Konzept ohne Realisierungschance anzufertigen.
3. Unsere beschäftigungspolitischen Vorschläge wollen wieder „der Staat“ instrumentieren und in Verantwortung nehmen für Fragen der stabilen Beschäftigungsschaffung – als Gegenpol zum neoliberalen Verständnis von „Staat“, der Arbeitsmarkt und Beschäftigung dem Marktkalkül überantwortet und „stark“ nur dort ist, wenn es um die Disziplinierung von Arbeitslosen geht.
4. Unsere Vorschläge beziehen den privaten Sektor ein, dessen Produktion und Beschäftigung sogar von größerer Bedeutung ist als jene in staatlicher Regie. Hier wird entscheidend, welche staatlichen Nachfrageprogramme – mit nachhaltiger qualitativer Wachstumsausrichtung – dort für große Beschäftigungseffekte sorgen.
5. Die Produktion ist ausschließlich der Ort der Einkommensentstehung und damit der Produktion des „Überschusses“ (Mehrwert). Folglich entscheidet dessen Verteilung über das Maß der Sozialpolitik, der Transfereinkommen (z.B. Rente). Wir müssen also „Produktion“ anregen- also ein „qualitatives Wachstum“ in privater, staatlicher und genossenschaftlicher Organisation.

Elemente einer regionalen Beschäftigungspolitik für Hamburg.

1. .Beendigung der konjunkturschädigenden „Sparpolitik“
2. Verabschiedung eines öffentlichen Investitions- und Beschäftigungsprogramms mit hohen Personalausgaben (Öffentlicher Sektor und öffentlich geförderter Beschäftigungssektor) zur Kompensation des öffentlichen Arbeitsplatzabbaus, der krisenbedingten Arbeitsmarktverluste und der durch Privatisierungsprozesse. Daraus resultieren direkte, indirekte (beides zusammen aus der Input-Output-Rechnung zu erhalten) und sog. induzierte Arbeitsplatzeffekte (so die Wirtschaftsforschungsinstitute IFO, DIW etc)

3. Der Ausbau der öffentlichen „kostenlosen“ Güterproduktion dient zunächst – als „zweite Lohntüte“ – der Versorgung insbesondere ärmerer Bevölkerungskreise, die keine Marktpreise zahlen können. Gleichzeitig stabilisiert ein starker öffentlicher Beschäftigungssektor als konjunkturstabiler „Plafond“ teilweise die zyklischen Beschäftigungsschwankungen des privaten Sektors – mit entsprechenden indirekten Ausbreitungseffekten für weitere private Bereiche
4. Systematische Übertragung ehemals privatisierter Infrastrukturproduktion in öffentliche Regie, um diese als „Lokomotiven“ der Hamburger Regionalpolitik zu nutzen und damit der Senatspolitik Möglichkeiten einer antizyklischen Investitionspolitik über seine öffentlichen Unternehmen geben.
5. Auftragsvergabe an private Wirtschaft sollte nach möglichst hoher Arbeitsintensität, niedriger Produktivität, kleinbetrieblicher „lokaler“ Struktur und möglichst lokalen Zulieferbeziehungen der von diesen Aufträgen begünstigten Betriebe erfolgen
6. Bei der Auftragsvergabe sind „vergabefremde Aspekte“ (Einhaltung sozialer und arbeitsplatzrelevanter Gesichtspunkte) verstärkt zu nutzen (beabsichtigt im Koalitionsvertrag von Gelb-Schwarz in Berlin!). Gleichzeitig ist eine kleinbetriebliche /mittelstandsfreundliche Gestaltung der Losbildungsmöglichkeiten zu prüfen/zu nutzen (nach § 97 Abs 3 GWB), um eine Begünstigung des Hamburger Produktionssektors (kleine Betriebe, Handwerk etc) durch kleinteilige Auftragsvergabe zu erreichen.
7. Arbeitszeitverkürzung in Kombination von etwaigen begrenzten (!) Gehaltskürzungen bei hohen Einkommen, sofern dies der öff. Arbeitgeber anbieten kann (Forderung nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung bleibt ohnehin eine wichtige Kampfesaufgabe).
8. Überprüfung der „Clusterpolitik“ hinsichtlich ihrer „Hamburger“ Beschäftigungs- und Multiplikatoreffekte und ihrer Vernetzung mit Hamburger Betrieben und dem Hamburger Arbeitsmarktpool.(Beispiel: Airbus-Cluster)
9. Vermeidung/Abschaffung von Armutslöhnen nicht nur aus sozialen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen (Konsumnachfrage stärken) Dazu: Effizienzlohntheorie (Erläuterung folgt)
10. Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit „korrekten“ Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, der ein eigenständiger Produktionssektor wird mit komplementären Angeboten, die nicht in Konkurrenz zum privaten Sektor stehen.
11. Systematische Ausweitung der sozialen Dienstleistungsproduktion statt „Exportorientierung“. Die Ausweitung der sozialen Dienstleistungsproduktion wird sowohl ein Ort zusätzlicher Arbeitsplätze als auch ein Anlass wachsender gesellschaftlicher Nachfrage (demografischer Wandel, Kinderbetreuung etc) werden.
12. Mit der Ausweitung der Hamburger Dienstleistungsproduktion (Pflege, Erziehung, Betreuung etc) geht einher die Ausweitung eines Sektors (im Vergleich zum industriellen Sektor), der besonders „vor Ort“ seine Wertschöpfung hat, weniger Vorleistungen außerhalb Hamburgs (und dem „Ausland“) bezieht und weniger zyklisch ist. (Beispiel: Nachfrage nach „Pflege“ ist konjunkturunabhängig).
13. Kampagnen zur Bindung der Kaufkraft an Hamburger Angebote(?)
14. Dieses Konzept muss ökonomisch „durchrechenbar“, fachlich abgesichert und damit machbar sein. Solch ein alternatives Programm wäre dann auch revolutionär.

2.2.2. Impulsreferat Gitta Bockwoldt

Zukunftsperspektive für die Beschäftigung: Soziale Dienstleistungen in öffentlicher Verantwortung?

Quelle: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2009

Einleitung

Privatwirtschaftliche „innere Landnahme“ :

- Privatisierung, Deregulierung des öffentlichen Sektors und des Arbeitsmarktes
- Rückbildung der öffentlichen Daseinsvorsorge
- Vormals öffentliche Dienstleistungen wurden Opfer privatwirtschaftlicher Interessen
- Fließender Übergang zwischen privater Gewinnerzielung und öffentlicher Daseinsvorsorge

Chance für Beschäftigung: Soziale Dienstleistungen in öffentlicher Verantwortung?

- Probleme: Massenarbeitslosigkeit, demografischer Wandel, Rückbildung der staatlichen Verantwortung
- Lösung: Aufbau eines öffentlichen sozialen Dienstleistungssektors
- Hohes Beschäftigungspotenzial
- Rückführung der öffentlichen Daseinsvorsorge zum Staat
- Maßnahme gegen die Ökonomisierung der Gesellschaft durch Märkte

Soziale Dienstleistungen

Dazu gehören:

- Gesundheitswesen
- Betreuung und Bildung von Kindern ab dem Krippenalter
- Betreuung und Pflege von alten Menschen

Idee eines Gesellschaftsvertrages:

- Soziale und gesellschaftsnahe Dienstleistungen orientiert am Lebenszyklus der BürgerInnen.
Paradigmenwechsel

Einerseits:

- Bereitstellung einer techn. Infrastruktur, um Märkte funktionstüchtig zu machen

Andererseits:

▫ Sorge für eine verlässliche soziale Infrastruktur, auf die jeder Bürger ein Anrecht hat und von der alle BürgerInnen profitieren

Fokus

1. Bereitstellung von personenbezogenen Dienstleistungen unabhängig von der Familiensituation und von Bedürftigkeit

2. Umfang und Qualität bestimmen unser Leben und unsere Lebensqualität in Gegenwart und Zukunft.

Demografischer Wandel , Frauen

Demografischer Wandel

▫ Veränderung der Altersstruktur erfordert große Sprünge in der Versorgung und Betreuung alter Menschen

Rolle der Frauenerwerbstätigkeit

▫ Töchter und Ehefrauen sollten nicht mehr unbezahlt den größten Anteil an Dienstleistungen erbringen

▫ Häusliche Arbeit wird mehr und mehr dem Arbeitsmarkt übergeben

Erweitertes Spektrum öffentlicher Dienstleistungen:

▫ Quantitativer/qualitativer Ausbau außerhäuslicher Kinderbetreuung

▫ Schaffung familienunterstützender Strukturen

▫ Öffentliche Dienstleistungen für „Kinder“

▫ Uneingeschränkter Zugang zu diesen Dienstleistungen, sowohl über einen Rechtsanspruch, als auch über räumliche, finanzielle und zeitliche Möglichkeiten

Zielbeschreibung

1. Uneingeschränkter Zugang ist die Grundvoraussetzung für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft und wirkt Desintegration und sozialer Ungleichheit entgegen.

2. Einseitige Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch Ausbau von Betreuungseinrichtungen greift da zu kurz.

3. Fortentwicklung der Aufgabe Kindererziehung in Form eines partnerschaftlichen Zusammenwirkens von Staat/Gesellschaft einerseits und Eltern andererseits.

4. Das ist von großer Wichtigkeit für eine nachhaltige zukunftsfähige Perspektive der Gesellschaftsentwicklung.

5. Den Blick dabei gerichtet auf

- Die Geschlechtergleichstellung
- Eine kinderfreundliche integrative Gesellschaft
- Den sozialen Zusammenhang
- Die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt.

Indikatoren soziale Dienstleistungslücke

1. Öff. Ausgaben für soz. Dienste (Anteil am BIP in %)

- Die Ausgaben fürs Gesundheitswesen bilden den größten Anteil der Staatsausgaben für soziale Dienstleistungen
- Das Verhältnis „sonstige soziale Dienstleistungen“ zu den Gesundheitsausgaben ist 1:4
- Anteil staatlicher Ausgaben am BIP ist um fast 1/3 niedriger als in Frankreich und 3/4 niedriger als in Schweden

2. Arbeitsvolumen im Zusammenhang mit der Beschäftigungsquote von Frauen

- Doppelter Arbeitsplatz-Multiplikatoreffekt
- Skandinavische Länder: Hohe Aufwendungen für soz. DL korrespondieren mit hohen

Beschäftigungsquoten von Frauen und sind mit stark regulierten Arbeits- und Produktmärkten verknüpft.

Voraussetzungen für eine Umsetzung

1. Eine Erhöhung der Staatsquote

2. Investitionen in wirtschaftliches Wachstum, Beschäftigungswachstum und gesellschaftlichen Wohlstand

□ Umfangreiche Investitionen in Infrastruktur

□ Erhebliche Aufwendungen für den laufenden Betrieb

3. Soziale Inv. sind kein Konjunkturprogramm, sie müssen langfristig erfolgen über Konjunkturzyklen hinweg

4. Strategie muss mit der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin brechen

5. Hauskonsolidierungen und -umschichtungen treiben den Sozialabbau weiter voran, nur eine erhöhte Staatsquote kann sozialen Fortschritt für alle realisieren

6. Konzepte für konkrete Maßnahmen müssen für die Bedarfsebenen Kitas, Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, Schulen, Kulturerziehung und Gesundheit/Pflege definiert werden

Maßnahmen für eine neue soziale, ökologische Wachstumsstrategie

1. Festlegung von Zielwerten für öffentliche Mindestfinanzierungsanteile in Relation zum BIP

2. Z.B.: Die EU- sowie OECD-Empfehlung liegt für die Kinderbetreuung bei mind. einem Prozent des BIP

3. Derartige Maßnahmen erlauben eine öffentliche Einflussnahme auf den Umfang und die Qualität sozialer DL und diese beeinflusst die Struktur der gesellschaftlichen Wertschöpfung

4. Weitere Skizzierung der Memorandumgruppe: siehe Übersicht Bedarfsebenen

2.2.3. Protokoll Arbeitsgruppe 2

Welchen Beitrag kann eine arbeitnehmerorientierte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zur Verbesserung der Situation und zur Schaffung von tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen leisten?

Moderation: Sandy Baake

Referate: Rainer Volkmann und Gitta Bockwoldt

Protokoll: Olga Fritzsche

Ziel der Konferenz ist es auch, einen Beitrag zur Entstehung eines arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Programms der Partei DIE LINKE (Hamburg) zu leisten.

1. wir können keine praktikablen Politikvorschläge ohne seriöse theoretische Untermauerung machen.
2. auf der Grundlage von Armut kann man keine Utopien entwickeln, vielmehr muss man die Produktions-/ Reproduktionsverhältnisse neu regeln
3. der Staat muss mehr als eine reine Ordnungsfunktion haben
4. auch der private Sektor spielt natürlich in der Marktwirtschaft/ Kapitalismus eine wichtige Rolle, damit auch die Nachfrage
5. ohne Produktion gibt es kein Einkommen, damit ist die Verteilung der erwirtschafteten Überschüsse die Grundlage unserer Diskussion

Frage: Was ist Produktion?

Antwort: Jeder wertschöpfende Prozess.

Vorschläge für eine regionale Beschäftigungspolitik für Hamburg (Rainer Volkmann)

1. Beendigung der Konjunktur schädigenden Sparpolitik
2. Verabschiedung eines öfftl. Investitions- und Beschäftigungsprogramms mit hohen Personalausgaben (Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor)
3. Beschäftigungsprogramm soll auch qualitative Güterversorgung sichern (z.B. öfftl. „kostenlose“ Güterproduktion, die vorerst als „zweite Lohntüte“ gedacht sind (das sollte relativ stabile Ausbreitungseffekte nach sich ziehen)
4. Rekommunalisierung – Systematische Übertragung ehem. privatisierter Infrastrukturproduktion in öfftl. Regie (als Lokomotiven der Hamburger Regionalpolitik) – damit Möglichkeit für eine antizyklische Investitionspolitik des Senates über seine öfftl. Unternehmen
5. vergabefremde Aspekte bei öfftl. Vergabe stärker nutzen und damit arbeitsplatzrelevante Gesichtspunkte bei der Vergabe mit berücksichtigen (möglichst hohe Arbeitsintensität, niedrige Produktivität, kleinbetriebliche „lokale“ Struktur mit möglichst lokalen Zulieferbeziehungen etc.)
6. kleinteilige Auftragsvergabe zur Begünstigung von KMU
7. Arbeitszeitverkürzung in Verbindung mit begrenzten Gehaltskürzungen bei hohen Einkommen bei öfftl. Arbeitgebern

8. Überprüfung der Clusterpolitik hinsichtlich ihrer Hamburger Beschäftigungs- und Multiplikatoreneffekte und ihrer Vernetzung mit Hamburger Betrieben und dem Hamburger Arbeitsmarktpool (Bsp.: Airbus-Cluster)
9. Vermeidung/ Abschaffung von Armutslöhnen nicht nur aus sozialen sondern auch als wirtschaftlichen Gründen (Konsumnachfrage stärken) – dazu: Effizienzlohntheorie
10. Schaffung eines öfftl. geförderten Beschäftigungssektors mit „korrekten“ Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, der ein eigener Produktionssektor wird mit komplementären Angeboten, die nicht in Konkurrenz zum privaten Sektor stehen. (Bsp. Skandinavien: In Zeiten von Arbeitslosigkeit treffen sich Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Politiker und verabreden, welche Defizite in der Gemeinde bestehen und wie man diese über den öfftl. Sektor ausgleichen kann. Dementsprechend wird dann ausgebildet und gefördert)
11. Ausweitung der sozialen Dienstleistungsproduktion (Pflege, Erziehung, Betreuung) statt Exportorientierung
12. Mit der Ausweitung der sozialen Dienstleistungsproduktion wächst die Wertschöpfung vor Ort in Hamburg, damit wird weniger Vorleistung von außerhalb Hamburgs gebraucht und der Wirtschaftszweig wäre nicht so Zyklusabhängig
13. Vorschlag: Kampagne zur Bindung der Kaufkraft an Hamburger Angebote
14. Dieses Konzept müsste durchrechenbar, fachlich abgesichert und damit machbar sein

Sandy Baake - Frage: ÖBS und mehrere hier vorgeschlagene Konzepte gab es schon auf nationaler Ebene und sie konnten sich da nicht durchsetzen. Welche Chancen gibt es dann auf regionaler Ebene?

Rainer Volkmann: In den Siebzigern gab es eine Vielzahl von beschäftigungspolitischen Programmen (Zukunftsinvestitionsprogramm von 77 bis 79 mit mehreren Milliarden Investitionsvolumen). Dort gab es sehr sinnvolle Maßnahmen, durch die auch viele Arbeitsplätze geschaffen wurden. Aber zu unentschlossene Umsetzung, zu kleine Brötchen gebacken, parallel noch Sparpolitik betrieben, dadurch den Effekt des Beschäftigungsprogramms ruiniert. Auf Nachfrage gibt Rainer Volkmann die konkreten Zahlen aus dem entsprechenden Bulletin.

Wolfgang Guhle: Akzeptanz der Wirtschaft für Beschäftigungsprogramme kam durch die gute Konjunktur zustande und es gab einen Systemwettbewerb, das fällt heute alles weg, wie realistisch ist das damit, dass der Staat die von Dir vorgeschlagenen Maßnahmen ergreift und die Wirtschaft das zulässt? Probleme: Ressourcenknappheit, Schadstoffbelastungen steigen, Klimaanpassung muss betrieben werden, Katastrophenschutz muss daran angepasst werden. Das sollte ein gemeinsames Anliegen von Staat und Wirtschaft sein. Es muss um einen ökologischen und ökonomischen Umbau gehen und man muss für diesen Umbau das politische Bewusstsein schaffen

Rainer Volkmann verweist auf 50.000 neue Arbeitsplätze für Hamburg- Papier, wo das kleinteiliger ausgeführt ist.

Globalisierung ist ein Totschlagargument, da es hier vorrangig um handelbare Güter, nicht um nicht handelbare Güter geht. Der Dienstleistungssektor wächst und ist zum großen Teil anti-

zyklisch. Außerdem sind Dienstleistungen arbeitsintensiv und stärken im Ergebnis den Binnenmarkt.

Ma. Hoyer stellt die theoretische Untermauerung in Frage. Wie passt diese Theorie in die Praxis hinein. Marktgeschehen soll angeblich nicht planbar sein, wie passt das zusammen?

Ali Yardim in den 80ern in einem Arbeitsbeschaffungsprojekt gearbeitet. Gartenbau, 120 Leute, früher tariflich bezahlt, ist das ein mögliches Beispiel? Umsonstladen in Harburg - ist das ein Beispiel für Arbeitsplatzschaffung?

Rainer Volkmann: Es gibt zwei Haupttheorien – 1. Marktwirtschaft – neoliberale Theorie – der Markt reguliert sich selbst und das zwingend. 2. Keynesianische Theorie der Regulierung des Marktes durch den Staat. Diese zweite theoretische Grundlage ist die für meine Vorschläge. Der Senat muss wirtschaftspolitisch in die Pflicht genommen werden und regulieren um Arbeitsplätze zu schaffen und die Gesellschaft zu gestalten

Laut neoliberaler Politik muss Arbeitsmarktpolitik direkt am Arbeitsmarkt ansetzen (Fordern und fördern, qualifizieren, flexibilisieren etc.) Nach unserer Theorie wird damit kein einziger Arbeitsplatz geschaffen. Das geht nur über eine Steuerung des Staates, der die Wirtschaft zwingen muss, Arbeitsplätze zu schaffen.

Ma. Hoyer: Wie sieht eigentlich die Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen aus und wie passt das zu dem Bedarf an Arbeiten für soziale Dienstleistungen, muss man dann nicht gezielt Umschulungsprogramme anbieten und auch hier steuernd eingreifen?

Rainer Volkmann: Natürlich, das muss organisiert werden, aber die öffentliche Güterproduktion ist nicht so klar umrissen und getrennt vom privaten Sektor, damit kann man noch darüber streiten, wie das genau aussehen soll.

Ma. Hoyer: Genau da liegt aber das Problem der Erwerbslosen, weil sie damit aus dem privaten Sektor ausgeschlossen werden. Das Problem muss man angehen

Zum Referat Gitta Bockwoldt:

Zukunftsperspektive für die Beschäftigung - Soziale Dienstleistungen in öfftl. Verantwortung?

In den letzten Jahren/ Jahrzehnten wurden diese Bereiche zunehmend Opfer der Privatisierung der Wirtschaft und damit der Schaffung neuer Märkte zur Gewinnerzielung (innere Landnahme...)

Siehe o.a. schriftliche Ausarbeitung

Grundlage des Beitrages das Memorandum 2009

Diskussion dazu

Sandy Baake: Liegt dieses Konzept eher bei einer nationalen oder bei einer regionalen (länderbezogenen) Umsetzung?

Gitta Bockwoldt: Das muss man in Diskussionen thematisieren und versuchen, aus der neoliberalen Argumentationsspirale heraus zu kommen. Hamburg wäre hier ein gutes Versuchsfeld, weil wir ein breites Spektrum an nötigen sozialen Dienstleistungen auf relativ begrenztem Raum haben.

Die aktuelle Gesundheitspolitik in Hamburg ist an den Bedürfnissen gemessen eine Katastrophe

W. Guhle: Vergleich: DDR + Japan

Große Unternehmen steckten und stecken (Japan) auch heute noch riesige Summen in soziale Dienstleistungen (leider nur betriebsbezogen) Die haben begriffen, dass Produktivität auch etwas mit Gemeinwohl zu tun haben muss. Allerdings müsste man das auf eine breitere Ebene heben

Gitta Bockwoldt: Ja, aber in Deutschland ist das Problem, dass wir einen dualen Arbeitsmarkt haben, der kaum noch beeinflussbar ist. So werden große Konzerne soziale Dienstleistungen immer nur als goodwill-Leistungen geben, das reicht nicht für eine strukturelle Versorgung

Rainer Behrens: Es gibt einen demographischer Faktor, ja, zu betreuende Alte nehmen zu, aber am Horizont winkt auch schon der Fachkräftemangel, daher ist die Frage, ob hier nicht auch eine neue Konkurrenz entsteht? Es werden immer weniger Leute im arbeitsfähigen Alter, damit wird das Problem strukturell sicher kleiner, der Knackpunkt wird die Frage der Qualifikation sein

Wir müssen auch den produktiven Bereich stärken, damit wir eine bessere Gesellschaft auch finanzieren können! Wir brauchen insgesamt eine starke Volkswirtschaft!

Ma. Hoyer: Interessanter Vergleich zwischen einem kapitalistischen und einem sozialistischen Land (Japan, DDR) Problem: Wie kann ich denn die Produktivität im Öffentlichen Sektor bewerten oder feststellen? Das ist ein Widerspruch, den ich nicht auflösen kann. Wenn ich im Kapitalismus lebe muss ich doch wohl auch kapitalistisch und damit profitorientiert argumentieren

Gitta Bockwoldt: Die Messbarkeit der Produktivität im öffentlichen Sektor ist ein Problem, weil man das nicht wirklich quantifizieren kann. Das geht nur bei einer volkswirtschaftlichen Betrachtungsweise. Das setzt voraus, dass der Sektor auch durch die öffentliche Hand organisiert wird.

Ma. Hoyer: Wie werden denn die 30 Prozent von Leuten gemacht, die keine Arbeit mehr haben? Wenn man nicht quantifizieren kann, welchen Wert die sozialen Dienstleistungen haben und welchen Wert die Produktivität hat, kann man doch auch nicht quantifizieren, wie viele Arbeitsplätze man schaffen kann

Rainer Volkmann: Die sozialen Dienstleistungen sind keine billigen Leistungen, im Gegenteil

Damit wird sich auch die Umverteilung der Einkommensverhältnisse gleichmäßiger regulieren und eine bessere Verteilungsgerechtigkeit herstellen außerdem werden damit die Mehrwerte aus der erhöhten Produktivität der privaten Wirtschaft abgeschöpft und in einen gesellschaftlichen Nutzen umgewandelt

Wolfgang Guhle: Die Frage, sind private oder öffentliche Dienstleister besser?

Hier wird im Moment über Hilfskonstruktionen eine Produktivitätskontrolle scheinbar eingebaut, die die tatsächlichen Bedürfnisse in keiner Weise widerspiegelt

Gitta Bockwoldt: Das ist ein gutes Beispiel im Gesundheitsbereich, wo über diese betriebswirtschaftliche Argumentation ein unvergleichlicher Kahlschlag durchgesetzt wird.

2.3. Arbeitsgruppe 3: „Gegen Leuchttürme und HSH-Milliarden – Welche haushalts- und finanzpolitischen Alternativen hat die Hamburger LINKE zur Schaffung von Arbeitsplätzen?“

2.3.1. Impulsreferat Joachim Bischoff

Thesen zum Workshop 3 von Joachim Bischoff und Bernhard Müller

Mit der Bundesregierung geht auch der Senat davon aus, dass der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise durchschritten ist und 2010 ein Zuwachs des Gesamtprodukts von 1,2% erreicht werden kann. Für den folgenden Zeitraum 2011 ff. wird – ganz optimistisch – von einer deutlich stärkeren konjunkturellen Erholung ausgegangen, so dass die Steuereinnahmen mit ca. 8 Mrd. Euro immerhin schon 2012 wieder das Niveau von 2007 erreichen sollen. Dieser Ausblick drückt mehr die Wünsche der Regierenden aus, in Wirklichkeit erwartet uns im besten Falle ein mehrjähriger Erholungsprozess.

Hamburg hat trotz der miserablen Wirtschafts- und Finanzpolitik des schwarz-grünen Senats die Wirtschaftskrise bisher besser überstanden als andere Bundesländer. Zwar hat der Rückgang des Welthandelsvolumens Hamburg stärker getroffen als andere Bundesländer, weil die Stadt stärker mit der Weltkonjunktur verbunden ist. Vor allem die Logistik, der Transport über Land, Luft und See, wird sich auch nicht so rasch erholen. Andererseits haben sich andere bundesweite Entwicklungen – etwa Auslastungsprobleme der Automobilindustrie und des Anlagenbaus in Hamburg nur unterdurchschnittlich stark ausgewirkt

Hamburg unterscheidet sich mit den anderen Stadtstaaten mit seinem starken Dienstleistungssektor deutlich von der Wirtschaftsstruktur insbesondere der stark exportabhängigen Flächenländer NRW, Bayern, Baden Württemberg oder auch Niedersachsen

Das spiegelt sich entsprechend in der Beschäftigtenstruktur. Während z.B. in Baden Württemberg 37,4% der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe beschäftigt waren, waren es in Hamburg nur 17,9%. Hier arbeiteten 29,5% im Wirtschaftsbereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr und 51,7% im Bereich „Sonstige Dienstleistungen“. In Baden Württemberg betragen die entsprechenden Anteile 20,1% bzw. 40,5%.

Konsequenz: Großstädte mit Zukunft sollten sich auf die Anwerbung von kreativen BürgerInnen konzentrieren, die mindestens in den städtischen Zentren eine neue Wertschöpfung aufziehen könnten. Die Konsequenz sehen wir täglich: von der Elbphilharmonie über die Bereitstellung von mehreren Kreuzschiffahrtsterminals bis hin zur Neuerfindung des Pferdesports für reiche Leute. Diese Konzeption bietet denn auch keinen Ausweg aus der anhaltenden Krisenkonstellation.

Wirtschaftliche Erholung und ein Ausweg aus der Schuldenfalle sind auch in Hamburg nicht im Selbstlauf zu haben sein. Beides erfordert vielmehr einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel bedeutet, dass der Strukturwandel in Hamburg aktiv gestaltet wird. Durch die Prioritätensetzung auf Leuchtturmprojekte sind viele Segmente des öffentlichen Konsums in Hamburg sträflich vernachlässigt worden. Vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Infrastruktur (marode Straßen, teurerer ÖPNV, fehlende Fahrradwege etc.) und Kultur fehlt an einer den Anforderungen entsprechenden personellen

und materiellen Ausstattung. Der Wohnungsbau liegt darnieder, sozialer Wohnungsbau findet nicht mehr statt.

DIE LINKE fordert ein öffentliches Investitionsprogramm von 2 Mrd. Euro jährlich

- Kitas und Schule 300 Mio. Euro (zusätzlich zu Neubau)
- Universität inkl. Uniklinik 400 Mio. Euro
- Ausbau Klimaprogramm 200 Mio. Euro
- Ausbau der Hafeninfrastuktur 200 Mio. Euro
- ÖPNV /Fahrradwege 200 Mio. Euro
- Sozialer Mietwohnungsbau +
- Stadterneuerung 700 Mio. Euro

Zu einer solchen den sozial-ökologischen Strukturwandel steuernde Politik, die zehntausende Arbeitsplätze sichert und schafft gehört auch, dass in diesen Bereichen des öffentlichen Bedarfs privatisierte Unternehmen rekommunalisiert (Krankenhäuser, Pflegebereich, Energie u.a.) und die öffentlichen Unternehmen (z.B. Saga GWG und Hochbahn) auf einen an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtete Politik verpflichtet werden.

Ein solches Zukunftsprojekt ist zugleich ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der sozialen Spaltung. Denn die Stärkung und der Ausbau öffentlicher Dienstleistungen und des Wohnungsbaus käme auch und gerade denen zugute, die bisher nur einen beschränkten/ unzureichenden oder gar keinen Zugang zu diesen für die eigenen Zukunftsperspektiven bzw. Lebensqualität zentralen Bereichen des kollektiven Konsums hatten und damit ein wichtiger Schritt in Richtung einer solidarischen Ökonomie (Hamburg für alle).

Finanzierung

Angesichts der dramatische Lage bei den Öffentlichen Finanzen (krisenbedingte Steuerausfälle von 6 Mrd. Euro bis 2013; Anstieg der öffentlichen Verschuldung unter Einschluss der Sondervermögen auf mindestens 36 Mrd. Euro bis 2013) ist der finanzielle Spielraum für die Umsetzung eines solchen Umbauprograms für Hamburg sehr eng.

Für den Kampf gegen die soziale Spaltung und den Umbau der Hamburger Wirtschaft muss deshalb zunächst auf den öffentlichen Kredit zurückgegriffen werden. Durch die Selbstfinanzierungseffekte des Umbauprograms kann auch die Einnahmesituation auf Landesebene stabilisiert werden. Dies allein reicht aber nicht aus, um aus der öffentlichen Schuldenfalle herauszukommen.

Massiver Stärkung des Steuervollzugs

Eine weitere wichtige Maßnahme zur Verbesserung der Einnahmesituation ist die deutliche Stärkung des Steuervollzugs. Durch die deutliche Aufstockung des Personals für Betriebsprüfungen und Steuerfahndung könnten Mehreinnahme von einigen Hundert Mio. Euro erzielt werden. Die Selbstanzeigen nach Bekanntwerden der CDs aus den Steueroasen Schweiz und Lichtenstein haben den Steuerschatz, der allein in Hamburg zu heben ist, deutlich gemacht. Bei 120 Selbstanzeigen ist ein zusätzliches Steueraufkommen von 250 Mio. Euro zusammen gekommen, von dem nach Länderfinanzausgleich immerhin 50 Mio. Euro in Hamburg bleiben – Schwarz-Grün hätte mit diesen zusätzlichen Einnahmen gut auf die Erhöhung der Kita-Ge-

bühren verzichten und das kostenlose Mittagessen für die Kinder aus Haushalten von Sozialleistungsempfängern einführen können.

Sozial gerechtes Steuersystem

Die wichtigsten Schritte zur Beendigung der strukturellen Schieflage der Länderhaushalte aber sind steuerpolitische Entscheidungen auf Bundesebene. Die von den Regierungen insbesondere seit Ende der 1990er Jahre betriebene Steuerpolitik hat die dem Finanzmarktkapitalismus innewohnende Tendenz der Polarisierung der Einkommen und Vermögen massiv verstärkt und dabei auch Länder und Kommunen steuerlich ausgeblutet. Ohne drastische Eingriffe in die Verteilungsstrukturen auf Bundesebene, also die Erhöhung von Erbschafts-, Einkommens- und Vermögenssteuer gibt es für Bundesländer und Kommunen keinen nachhaltigen Ausweg aus der Verschuldungsfalle. Nur so kann auch verhindert werden, dass der Druck in Richtung einer kontraproduktiven Kürzungspolitik überhand nimmt. Dies kann exemplarisch an der Vermögenssteuer verdeutlicht werden, die als Landessteuer einen wesentlichen Beitrag zur Sanierung der Länderhaushalte leisten könnte.

Vermögenssteuer

Im internationalen Vergleich werden Vermögen in Deutschland sehr niedrig besteuert. Das Aufkommen sämtlicher vermögensbezogenen Steuern betrug in den letzten Jahren 0,9% des Bruttoinlandsprodukts. Das ist weniger als die Hälfte der Durchschnittsbelastung der OECD- oder der EU-15-Staaten in Höhe von 2%. Lediglich Österreich und Tschechien haben ein noch geringeres Belastungsniveau.

Eine Ausweitung der Besteuerung auf das Durchschnittsniveau von OECD und EU könnte ein Steuer Mehraufkommen von gut einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts erzielen – das wären gegenwärtig rund 25 Mrd. Euro. Einen wesentlichen Beitrag dazu und damit einen Schritt in Richtung eines sozial gerechten Steuersystems könnte die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sein.

Eine wieder eingeführte Vermögenssteuer hat vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand, wenn Immobilienbesitz (Bezug: Einheitswerte von 1964 bzw. 1935) bei der Vermögensbemessung nur zureichend erfasst werde. Auch bei der Erbschaftsteuer könnte bei einer Bewertung des Immobilienvermögens zu Verkehrswerten ein erhebliches Mehraufkommen erzielt werden.

Während Gewerkschaften und SPD eine Vermögenssteuer von 1% fordern, macht sich DIE LINKE angesichts der Krisenkonstellation für die zeitlich begrenzte Wiedereinführung der Vermögenssteuer zunächst als Millionärssteuer stark. Durch eine Steuer von 5% auf alle Vermögen über eine Mio. Euro können staatliche Mehreinnahmen von 80 Mrd. Euro generiert werden, die zur Finanzierung von Antikrisenmaßnahmen und öffentliche Investitionen zur Verfügung stehen. Für Hamburg würde das zu Mehreinnahmen von etwa 1-2 Mrd. Euro führen.

Landessteuern

In diesen Kontext müssen die Landessteuern eingeordnet werden. Verbesserungen bei den Landessteuern bilden angesichts der Größenordnung der Finanznot nur den berühmten Tropfen auf den heißen Stein. Auf die Defizite im Bereich des Steuervollzugs gerade in Hamburg ist schon weiter oben verwiesen worden. Was aber könnte eine Erhöhung der Grunderwerbs-, Grund- und Gewerbesteuer bringen?

Das Verlangen der LINKEN nach Erhöhung der Grunderwerbssteuer wurde zum 1.1.2009 vom schwarz-grünen Senat erfüllt. Er hat den entsprechende Satz von 3,5% auf 4,5% erhöht. Davon versprochen sich DIE LINKE wie der Senat 70 Mio. Euro Mehreinnahmen. Laut Steuerschätzung waren es aber 2009 gerade einmal 36 Mio. Euro (absolut 2009: 270 Mio. Euro), die mehr in die Stadtkasse flossen.

Bei der **Grundsteuer** wird der Besitz von Grundstücken besteuert. Sie brachte den Kommunen 2008 etwa 12 Mrd. Euro, Hamburg 399 Mio. Euro. Das Grundproblem bei dieser Steuer ist, dass sie nicht auf Basis von aktuellen Verkehrswerten, sondern auf Basis der Einheitswerte von 1964 (die wiederum auf denen von 1938 beruhen) berechnet wird. In den neuen Ländern geht es sogar bis 1935 zurück. Dadurch ist der Besitz von Grundstücken und Immobilien in der Bundesrepublik in skandalöser Weise gefördert worden.

Der Untersuchung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zufolge, spiegelt der Einheitswert als Steuerbasis nur noch durchschnittlich 10% bis 18% des tatsächlichen Verkehrswertes von Immobilien wider. Wird diese skandalöse Bevorzugung des Grundeigentums durch eine Reform beendet, ergeben sich erheblich finanzielle Spielräume für die Gemeinden.

Die Gemeinden selbst haben nur über den sog. Hebesatz, den sie selbst festlegen, Einfluss auf die Höhe der Grundsteuer. Würde man diesen Hebesatz in Hamburg auf Berliner Niveau (von 540 auf 660) erhöhen, ergäben sich deutlich höhere Grundsteuereinnahmen (geschätzte 50 Mio. Euro).

Das Problem ist allerdings, dass der Eigentümer einer Immobilie grundsätzlich die Grundsteuer vollständig als Betriebskosten im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Miete umlegen darf. Angesichts der dramatischen Wohnraumknappheit in Hamburg gerade in den unteren und mittleren Preissegmenten, würde das gerade die MieterInnen treffen, die eh schon einen relativ hohen Anteil ihres Einkommen fürs Wohnen ausgeben, was sozialpolitisch nicht zu verantworten ist. Deswegen sind wir gegen eine Anhebung der Grundsteuer.

Ein weitere Drehen an dieser Stellschraube, ist u.E. keine Perspektive für eine linke Politik. Wir befürworten stattdessen eine völlige Neuordnung der Besteuerung von Immobilien (die auch das Problem der Überwälzung umfassen müsste). Dies wäre auch *ein* wichtiger Baustein zur Verbesserung der Finanzen und damit der Autonomie der Kommunen. Gerade dieser Tage ist eine entsprechende Initiative im Bundesrat ergriffen worden, weil mittelfristig nur durch eine solche Neuordnung eine Wiedererhebung der Vermögenssteuer vor dem Verfassungsgericht Bestand hätte.

Auch bei der **Gewerbesteuer** geht es um eine grundsätzliche Neuordnung. Erstens haben alle Bundesregierungen in den letzten 20 Jahren die Gewerbesteuer systematisch abgebaut. Im Ergebnis kam es zu tiefen Einbrüchen bei den Gewerbesteuereinnahmen. Erst 2006 war wieder das Niveau des Jahres 2000 erreicht. Doch durch die Unternehmenssteuerreform der

Großen Koalition kam es bereits 2008 wieder zu Einnahmeausfällen in Höhe von rund 2 Mrd. Euro gegenüber 2007.

Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Einnahmen aus der Gewerbesteuer nun noch weiter eingebrochen. Wenn die Wirtschaft nicht läuft, läuft auch die Gewerbesteuer nicht. In Hamburg fehlen in 2009 gegenüber 2008 (absolut 1.881 Mio. Euro) 360 Mio. Euro, in 2010 gar fast 500 Mio. Euro. An diesem deutlich niedrigeren Aufkommen aus der Gewerbesteuer wird sich in den nächsten Jahren nicht viel ändern, es sei denn, man geht von einer deutlichen Erholung der Wirtschaft aus. Sofern besteht der Effekt einer Anhebung der Gewerbesteuer z.B. auf das Münchener Niveau (Hamburg hat bei den städtischen Metropolen nach München eh schon den höchsten Hebesatz) bestenfalls in einer Reduktion des Steuerausfalls von 500 Mio. Euro in 2010 um etwa 50 Mio. Euro. Von Mehreinnahmen im Sinne eines zusätzlichen finanzpolitischen Spielraums kann nicht die Rede sein.

Zweitens ist Hamburg wirtschaftlich noch längst nicht aus der Talsohle der Krise heraus. Die dramatischen Einbrüche in Industrie und Hafenwirtschaft, steigende Arbeitslosigkeit und die rekordhohe Zahl der Konkurse machen eine zusätzliche Belastung vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer problematisch.

Wir plädieren stattdessen auch hier für eine grundlegende Reform auf Bundesebene, die auch und vor allem dem Skandal ein Ende bereitet, dass Selbständige (Ärzte, Anwälte etc.) von der Gewerbesteuer nicht erfasst werden. Deshalb fordert unsere Bundespartei die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftsteuer, in der Steuerpflicht für Kapitalgesellschaften, gewerbliche Unternehmen und alle selbstständig ausgeübten Tätigkeiten besteht. Ferner geht es um die Abschaffung der Gewerbesteuerumlage von den Städten und Gemeinden an den Bund und die Länder.

Schlussfolgerung: In Hamburg zielt eine Neuordnung der öffentlichen Finanzen zur Finanzierung eines Programms für einen sozial-ökologischen Umbau der Stadt auf eine deutlichen Verbesserung des Steuervollzugs (Steuerprüfer, Steuerfahndung etc.). Zum zweiten müssen die Ausgaben kritisch überprüft und so genannte Leuchtturmprojekte etc. zurecht gestutzt werden. Schließlich hängt eine Konsolidierung der Finanzen an einer wirtschaftspolitischen Konzeption, mit der die Arbeitslosigkeit und soziale Spaltung überwunden wird. Auf Bundesebene geht um ein sozial gerechtes Steuersystem, das auch mit der Wiedererhebung der Vermögenssteuer eine deutliche Verbesserung der Länder- und Gemeindefinanzen mit sich bringt.

2.3.2. Impulsreferat: Horst Bethge (LAG Wirtschaft, Haushalt, Finanzen)

1. Hamburg, reichste Stadt Europas und Deutschlands „Stadt der Millionäre“, ist sozial tief gespalten. Erwerbslosigkeit und Kinderarmut sind hier höher als anderswo. Auch wenn die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten in Hamburg wegen der anders gelagerten Wirtschaftsstruktur „besser“ durchgestanden wurde, schreitet die soziale Spaltung voran. Das ist natürlich kein Selbstlauf, sondern Ergebnis einer unsozialen Politik, die Massenerwerbslosigkeit und Kinderarmut, soziale Spaltung und deren Folgen hinnimmt.
2. DIE LINKE ist angetreten, gegen die soziale Spaltung, die „die Reichen und großen Unternehmen begünstigt“, eine Wende zu einer anderen Politik einzuleiten: Eine „Stadt für Alle zu schaffen- sozial, ökologisch und solidarisch!“ (Wahlprogramm S. 5/6). Im Mittelpunkt steht dabei die Forderung, „die Massenerwerbslosigkeit“ zu stoppen. Deshalb fordert sie seit 3 Jahren, ein „Landesprogramm Arbeit“, das aus folgenden Säulen bestehen soll:
 - Einer „aktiven Beschäftigungspolitik“, ausgehend von „staatlichen Investitionsprogrammen in die öffentliche Infrastruktur“, auch „Steuerreformen in Angriff nimmt und dabei die Gewinne und hohen Einkommen zur Finanzierung...heranzieht“ (Wahlprogramm S. 10)
 - Einer „Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich auf zunächst allgemein 35 Wochenstunden“
 - Aus „gesetzlichem Mindestlohn“
 - Aus „Verzicht von staatlich verordneter...Beschäftigung“
 - Aus der „Abschaffung der grundrechtswidrigen Ein- Euro-Jobs“ (Wahlprogramm S. 10/11)
3. Die Möglichkeiten, in Hamburg diese Wende herbeizuführen, sind begrenzt, wenn die Bundespolitik anders läuft, da ganz wesentliche Rahmenbedingungen auf Bundesebene gesetzt werden. Das zeigen auch die Erfahrungen mit entsprechenden Bemühungen von Linksfractionen in Mecklenburg- Vorpommern und Berlin. Gleichwohl hat auch die Politik auf Landesebene Möglichkeiten, die in Hamburg vom Senat nicht genutzt werden, denn auch er ist der neoliberalen Standortpolitik verhaftet. Er setzt auf Förderung bestimmter Großprojekte (Leuchttürme) und Cluster (Luft- und Raumfahrt), Zuzug kaufkräftiger Eliten, die durch Hafencity und edelsanierte Quartiere, Eventkultur und Hätschelung „kreativer Köpfe“ angezogen werden (wachsende Stadt). Dahinein fließen die Investitionsmittel- für Arbeitsmarktpolitik sei kein Geld mehr da, heißt es. Mehr noch: Um für solche Leuchttürme wie z. B. die Elbphilharmonie (Investitionskosten für die Stadt mittlerweile 323 Mill. €!), Werkserweiterung von Airbus/EADS (Gesamtkosten für die Stadt 1, 0818 Mrd. €) oder die Verlagerung der Uni in den Hafen (66 Mill. €) Gelder freizubekommen, wurde in den (kommunalen) Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Kultur, Sport, Kinder, Infrastruktur sowie dem sozialen Wohnungsbau kontinuierlich gekürzt.
4. Darum setzt unser Vorschlag, 50 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, da an, was ausschließlich mit in Hamburg gestaltbaren Mitteln möglich ist. Es kommt eben darauf an,

die Prioritäten anders zu setzen: Arbeitsmarktpolitik zu betreiben! Die verschärfte Haushaltssituation- die rund 6 Mrd. € Steuerausfälle bis 2013- erfordert, diese politische Prioritätensetzung besonders zu begründen. Das von der Bürgerschaftsfraktion der LINKEN geforderte öffentliche Investitionsprogramm von 2 Mrd. € jährlich, weist im Detail relativ gegriffene Zahlen aus. Da setzt das Programm 50 000 Arbeitsplätze genauer an. Sein Finanzierungsbedarf summiert sich auf ca. 1,1 Mrd. €.

5. Zur Finanzierung muss von einer Partei wie der LINKEN, die sich u. a. die Umverteilung von oben nach unten auf die Fahnen geschrieben hat, zuerst auf den Senat Druck ausgeübt werden, über den Bundesrat aktiv zu werden für die:
 - Wiedereinführung der Vermögenssteuer (5 % auf große Vermögen). Das brächte allein bei den 26 reichsten Hamburgern alleine schon einmal 2, 1 Mrd, € jährlich!
 - Anhebung der Erbschaftssteuer
 - Einführung der Transaktionssteuer
 - Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer
 - Abschaffung des Ehegattensplittings
 - Kürzung des Rüstungsetats

6. Da aber nicht darauf gewartet werden soll, bis sich über die Bundespolitik dies ändert, wären die 1, 1 Mrd. € aus Hamburger Mitteln zu finanzieren:
 - a. durch Verschärfung der Steuerprüfung (200 zusätzliche Stellen für Steuerprüfer). Das hier viel zu holen ist, zeigen die rund 126 Selbstanzeigen nach dem Kauf der CDs, was alleine zusätzliche Steuermehreinnahmen für Hamburg in Höhe von 50 Mill. € bedeutet. 2006 wurden nur 16 Einkommensmillionäre geprüft, 2007 nur 22!

 - b. Erhöhung von Landessteuern:
 - Grunderwerbssteuer: Am 4. 9. 2008 wurde in Hamburg der Hebesatz von 3, 5 auf 4,5 % erhöht, was 63 Mill. € zusätzlich einbrachte. Dies könnte, zumal auch Brandenburg eine Erhöhung auf 5 % plant, erneut um 1 % erhöht werden = + 63 Mill. € (In Irland beträgt die Grunderwerbssteuer 6, 6 %, in Holland 8, 5 %, in Schweden 6, 5 %).

 - Grundsteuer: Da Immobilien nicht ins Ausland flüchten können und nicht, wie Arbeitnehmer, entlassen werden können, dass sie als Lohnsteuerzahler ausfallen, ist sie die sicherste Besteuerungsmöglichkeit für die Kommunen. Unbeschadet der erforderlichen Grundsteuerreform, die den Bezug auf den Verkehrswert herstellt, könnte sie in Hamburg wenigstens auf Bremer Niveau angehoben werden = 23 Mill. € jährlich. Sie belastet direkt nur 2,1 % der Bevölkerung und meist Gewerbeflächen. Sie ist bei sozialgebundenen Mieten auch nicht abwälzbar.

 - Gewerbesteuer: Ungeachtet einer von der LINKEN geforderten Umwandlung in eine „Gemeindefortschrittssteuer“ (Einbeziehung der Freiberufler, Ärzte usw.), kann sie schon jetzt von z. Zt. 470 Hebepunkten auf Münchener Niveau von 440 Punkten angehoben werden. Mehreinnahmen: ca. 67 Mill. € jährlich. Parallele Verhandlungen mit Umlandgemeinden könnten evtl. Betriebsverlagerungen vorbeugen. In diesem Sinne plädieren Bürger-

schaftswahlprogramm und der nach Diskussion gefallene Beschluss des Landesparteitages vom 10./11.4. 2010.

- o Denkbar wäre auch nach dem Muster von Weimar und Köln die Einführung einer „Bettensteuer“ (5 % Steuer auf die Nettoeinnahmen für Übernachtungen), da deren Mehrwertsteuersatz gerade von 19 auf 7 % gesenkt wurde, also werden 50 % des eingesparten Betrages abgeschöpft. Geschätzte Mehreinnahmen: 40 Mill. €

Steuereinnahmen:

Steuerprüfung	290 Mill €
Grunderwerbssteuer	63 Mill €
Grundsteuer	23 Mill €
Gewerbsteuer	67 Mill €
Bettensteuer	67 Mill €
Gesamt	483 Mill €

c. Verzicht auf Großprojekte und geplante Investitionen:

1. Verzicht auf Zuschüsse an private große Unternehmen (z.B. Airbus)	20 Mill. €
2. Verzicht auf Bau der Röhre Hafencity-U-Bahn	100 Mill. €
3. Verzicht auf Rückzahlung Tamm- Museum	3,1 Mill. €
4. Verzicht Elbvertiefung , HH Anteil	102 Mill. €
5. Verzicht auf Doppelrennbahn Horn	30 Mill. €
6. Verzicht auf Verlagerung Uni	20 Mill. €
Gesamt:	275,1 Mill. €

d. Schärfere Kontrolle von PPP-Projekten 50 Mill. €

e. Verkauf von Flächen an Baugenossenschaften 50 Mill. €

f. Selbstfinanzierungseffekt Lohnsteueranteil Arb. Pl. 45 Mill. €

Gesamtfinanzierung: 903,1 Mill. €

Da der Senat mit dem Sondervermögen „Konjunkturstabilisierungs-Fonds“ bis 2012 Kredite in Höhe von 5, 2 Mrd. € aufnimmt, wäre der Rest darüber finanzierbar.

Nun kommt es darauf an, dass über die Öffentlichkeit und die Fraktionen der LINKEN zu den Haushaltsberatungen Mai 2010 Druck gemacht wird, wieder hier in Hamburg Arbeitsmarktpolitik zu machen.

2.3.2. Protokoll der Arbeitsgruppe 3

Moderation: Hartmut Obens

Referat: Joachim Bischoff (MdHB) und Horst Bethge (AG 50.000 neue Arbeitsplätze)

Protokoll: Volker Honold

14 Zuhörer/ Diskutanten

Bischoff stellt investitionsapolitische Ziele der Bundestagsfraktion und der so genannten Memogruppe vor. Geht auf "ausliegendes Papier" "Gegen Leuchttürme & HSH-Milliarden" seiner Fraktion ein.

Bethge erläutert 50.000-Arbeitsplätze-Programm der Landespartei.

Obens erklärt, dass die Arbeitslosigkeit ausgewiesen für 03.2010 bei 82.000 in HH liegt, die Wirklichkeit müsste beim Doppelten anzusiedeln sein.

In der anschließenden Diskussion wird die Neuverschuldung problematisiert.

Es wird ausgeführt, mit dem im 50.000 –Arbeitsplätze-Programm könne man höchstens 30.000 Arbeitsplätze finanzieren wolle man nicht Niedriglöhner (zumindest wenn man sich Menschen mit Kindern anschau) schaffen.

Vermögensbesteuerung wird angesprochen, Finanztransaktionssteuer gefordert.

Keine Reindustrialisierung fördern für HH sondern Dienstleistungen konjunkturell fördern

Es entspinnt sich Diskussion über Grundsteuererhöhung. Hier wird genannt, die können Vermieter auf Mieter überwälzen, das sei in einem Nachfrager-feindlichen Markt nicht gut. Man müsse Grundsteuererhöhung gegen Arbeitsplatzausbau mit dem eingetriebenen Geld abwägen wird entgegen gehalten. Das sei vermittelbar.

Es wird eine Gemeindefinanzierungssteuer –Entwicklung vorgeschlagen um auch Freiberufler an lokaler Finanzierung zu beteiligen für diese große Krise vorgeschlagen.

Investorenlogik soll im Bereich der Stadtentwicklung durchbrochen werden. Dem 50.000 Arbeitsplätze –Prog. wird entgegen gehalten, Wirtschaft sei nicht planbar, wir könnten nicht 50.000 Arbeitsplätze versprechen.

Der Jobmotor Kultur wird angesprochen.

Da Anlagemöglichkeit gesucht, kann Fonds-Generierung sinnvoll sein. Die zahlen keine große Rendite, die sei aber am Kapitalmarkt eh nicht zu realisieren derzeit. Es wird der Vorschlag gemacht, einen Bildungsfonds aufzulegen als Sozialfonds. Zum Wohnungsbau kommt der Vorschlag über Fonds nachzudenken, die dem Mittelstand Wohnungen errichten könnten. Das würde Wohnraum freimachen und Druck vom Markt nehmen.

2.4. Arbeitsgruppe 4: „Gegen Niedriglohnjobs und prekäre Beschäftigung – wann und warum ist Frauen- und Männererwerbsarbeit so wenig wert?“

2.4.1. Impulsreferat von Berno Schuckart:

Nicht auf unserem Rücken (ver.di Parole)– oder doch?

AG Niedriglohn, prekäre Arbeit, Wert der Frauen und Männererwerbsarbeit

Neun Kurzimpulse

1. Prekäre Arbeit - was ist das?

Ein Ergebnis sozialer Kennzeichnung oder Zuschreibungen

Eine umfassende Verunsicherung aller Arbeits- und Lebensverhältnisse

Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse und entsprechender politischer Strategien

2. Prekariat als umfassender Bruch

und grundlegende Umwälzung aller Arbeits- und Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen und nicht nur eine Kennzeichnung für bestimmte Beschäftigtengruppen

3.1 Systemische Ursachen:

Politische Dynamik bekam die Prekarisierung durch die Agenda 2010 vor dem Hintergrund von Unternehmensstrategien die ausschließlich im Rahmen des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus durch Gewinnsteigerung und Aktienkursen bestimmt waren und sind.

3.2 Die Folgen:

Erosion regulärer, abgesicherter entlohnter Arbeit des „rheinischen Kapitalismus“

Schwächung gewerkschaftlicher und betrieblicher Interessenvertretungsarbeit

Einführung sog. Minijobs, Leiharbeit, Befristete Arbeitsverhältnisse, Abbau Kündigungsschutz

Erwerbslose werden durch Leistungskürzungen gezwungen beinahe jede Arbeit anzunehmen

Tätigkeiten mit Mehraufwandsentschädigung „Ein Euro Jobs“

ALG I Kürzung

ALG II Regelsatz viel zu niedrig

Lohndumping und Ausweitung von Niedriglöhnen, Aufstocker mit ALG II im Niedriglohnsektor

4. Die Dramatik:

Vor allem Frauen, junge Menschen, Migrantinnen leben und sind besonders häufig betroffen von prekären Verhältnissen. Von Niedriglöhnen sind in Deutschland zu 2/3 Frauen betroffen. Die allgemeine Lohndifferenz beträgt in Deutschland zwischen Frauen und Männern 23%

Verschärfung dieser Entwicklung zu erwarten:

Folgen der gravierendsten Finanz und Wirtschaftskrise seit 1929

Reallöhne 2009 erneut um 0.4 % gesunken

Folgen: sinkende Lohnersatzleistungen bei Erwerbslosigkeit und Alter, Schwächung Sozialer Sicherungssysteme, Steuerausfälle, gleichzeitig höhere staatliche Ausgaben durch Subventionen nicht existenzsichernder Löhne

Workfare und „Hausfrauisierung“ der Arbeit in der Krise,

Zitat aus „Arbeitsunrecht,“ Rügemer u.a. Seite 52/54

5. Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Hamburg:

(Siehe Anhang)

6. Arbeitswelt im 21. Jahrhundert:

In 84 % der Betriebe arbeiten die Menschen mehr als sie müssten, (unbezahlte Mehrarbeit)

Etwa 90 % der Betriebe kennen keine Betriebsräte, 50 % der Beschäftigten werden von BR/PR vertreten

Abkopplung der kollektiven Interessenvertretung hin zur individuellen (Arbeits-)zielvereinbarung, kreative Potentiale ausschöpfen aber abhängige Beschäftigung aufrechterhalten,

aber auch Rollback zur extrem durchformalisierten, standardisierten Arbeitsteilung und Produktion:

„Stumpfsinn 2.0“ (WDR 5 vom 14.04.10) Grund: es gibt heute (wieder) genug Arbeitskräfte

Krankheitsquoten nach oben, jeder zweite Beschäftigte geht davon aus nicht bis zur Rente durchhalten zu können

(Zitate DGB Index „Gute Arbeit“)

7. Gesetze im Licht der herrschenden Verhältnisse:

Grundgesetz zu:

Würde; Demokratie - Sozialstaatsprinzip, Eigentumsverpflichtung und Enteignung,

Tarifautonomie und Streikrecht, Frauen und Männer sind gleichberechtigt

Arbeitszeitgesetz, Arbeitsschutzgesetz, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

8. Einige Schlussfolgerungen:

Gesellschaftliches Bündnis

„Wir zahlen nicht für Eure Krise - Wir haben Alternativen“ sind zu entwickeln.

Arbeits- und Sozialeinkommen zu LASTEN der Gewinne durch eine entsprechende Steuerpolitik erhöhen

Öffentliche Güter und Leistungen fördern und entwickeln, Finanzmärkte schließen, Banken vergesellschaften.

Die Bundestagsfraktion Die Linke hat einen Antrag mit dem Titel „Mit guter Arbeit aus der Krise“ in den Bundestag eingebracht.

In neun Punkten werden umfassende Vorschläge vorgelegt, die Arbeitswelt neu zu regulieren.

Siehe Internetseite bundestagsfraktion, die linke

Was denken die Menschen: Umfrage Leipziger Volkszeitung:

71% der befragten waren der Meinung Hartz IV nur auszuzahlen, wenn dafür gearbeitet werde. Hätten dies die Befragten bei Kenntnis des Zusammenhangs flächendeckender Lohnsenkungen und ausnahmsloser Pflicht zur Gegenleistung auch so geantwortet ?

Korrekturen der gravierendsten Fehlentscheidungen der letzten Jahre wie der Kampf um Hartz IV abzuschaffen, ALG I verlängern, 500 € ALG II, Sanktionsfreiheit,

Mindestlohn 10 € flächendeckend und eine

Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden

bleiben zentral für eine politische Richtungsänderung für eine linke Arbeitsmarktpolitik

9. Es geht um das kapitalistische System

„Unsere Wirtschaft ist weiter sehr, sehr krank, der Patient war fast tot, radikale Umkehr ist gefordert.“

Nobelpreisträger Stieglitz im „Stern 16.2010“

Die Zersetzung der Klasse der Arbeitenden durch eine Politik der Prekarisierung etabliert ein neues Herrschaftsverhältnis. Es geht um nicht mehr und nicht weniger um die Deutungsmacht über die Rolle der Arbeit in der hoch entwickelten, kapitalistischen Gesellschaft, Arbeit ist Grundstruktur des gesellschaftlichen Ganzen.

Die gesellschaftliche Linke ist in diesem Sinne herausgefordert.

(Deppe, Detje u.a., Sozialismus 12/2009.)

Berno Schuckart

2.4.2. Protokoll der Arbeitsgruppe 4

Impulsreferate: Sieglinde Friess (ver.di), Berno Schuckardt-Witsch (ver.di)

Moderation: Kersten Artus (MdHB)

Protokoll: Manfred Steglich

Prekäre Arbeit ist in der Regel nicht existenzsichernd und mit einem deutlich niedrigeren Einkommen für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit verbunden. Überdies gelten viele soziale Rechte und Arbeitnehmerrechte nicht oder nur eingeschränkt. Vor dem Hintergrund einer anhaltend hohen Erwerbslosigkeit bedeutet dies für die Beschäftigten eine hohe Verunsicherung, faktische Rechtlosigkeit und vor allem keine langfristige Planungssicherheit für das eigene Leben.

Berno Schuckardt-Witsch, MitarbeiterInnenvertreter im Diakonischen Werk Hamburg, entwickelte anhand von neun Kurzimpulsen („Nicht auf unserem Rücken – oder doch?“) die damit verknüpften sozialen und arbeitsmarktpolitischen Verwerfungen. (1) Prekäre Arbeit bedeutet für die betroffenen Menschen eine umfassende Verunsicherung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse. Gleichzeitig ist sie Ausdruck der gesellschaftlichen Machtverhältnisse und entsprechender politischer Strategien (Stichwort: Klassenkampf von oben). (2) Insofern ist der aus der Soziologie abgeleitete Begriff des Prekariats nicht als besondere Zuschreibung für bestimmte benachteiligte Beschäftigtengruppen zu verstehen, sondern als Hinweis darauf, dass es sich hier (seit den 80er Jahren) um einen grundlegenden Bruch in den Lebens- und Arbeitsverhältnissen aller Lohnabhängigen handelt. (3) Politische Dynamik bekam die Prekariisierung durch die Agenda 2010, die sich an den neoliberalen Unternehmensstrategien und globalen Profitinteressen des finanzmarktgetriebenen „Raubtierkapitalismus“ orientierte. Nicht zuletzt führte diese Entwicklung zur Erosion des sozialstaatlich geprägten „rheinischen Kapitalismus“ mit vermeintlich sicheren Arbeitsplätzen und tariflich abgesicherter Lohnarbeit. Gleichzeitig kam es zu einer Schwächung der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretungen. Die einschneidenden Folgen der Schröderschen Agenda sind bekannt: Minijobs, Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, der Abbau des Kündigungsschutzes, die Einführung der sogenannten „Ein-Euro-Jobs“, die unsäglichen Hartz-Gesetze (mit der Begrenzung des Arbeitslosengelds auf ein Jahr und einem „Regelsatz“, der zum Leben nicht reicht), Lohndumping und eine Ausweitung von Niedriglöhnen. (4) Eine besondere Dramatik hat diese Entwicklung für die Situation von Frauen, jüngeren Menschen und MigrantInnen. Diese sind in extrem hohem Maß von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen betroffen (so arbeiten in Deutschland 2/3 aller Frauen im Niedriglohnsektor). Im Schatten der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise sind auch die Reallöhne in Deutschland einmal mehr um 0,4 gesunken. Wie befürchtet, werden die Folgen der fundamentalen Krise auf dem Rücken der Beschäftigten und Erwerbslosen ausgetragen: Sinkende Lohnersatzleistungen bei Erwerbslosigkeit, die weitere Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme, staatliche Subventionierung nicht-existenzsichernder Löhne („Aufstocker“), die „Hausfrauisierung“ (Maria Mies) der Arbeit in der Krise.

(5) Ein Blick auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in Hamburg:

Bruttoinlandsprodukt 2008 = + 1,6 %

Bruttoinlandsprodukt 1. Halbjahr 2009 = - 4,5 %

Beschäftigung Wirtschaft:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Juni 2009) = 818.800

LeiharbeiterInnen (2007) = 26.388

Geringfügig Beschäftigte (12/2008) = 162.070 (!)

„Ein-Euro-Jobs“ (ALG II- Empfänger) = 9.171

Arm trotz Arbeit (ALG II-Empfänger) = 33.056

davon vollzeitbeschäftigt = 11.707

Erwerbslosigkeit (8/2009) = 80.670

entspricht einer Arbeitslosenquote von 8,8 Prozent

Bezieher ALG II + Sozialgeld (Aug. 2009) = 196.744 (Frauenanteil ca. 60 %)

davon ALG II= 142.814

davon Sozialgeld 53.931

Sozialhilfe 2007 = 9.928

Grundsicherung 2007 = 25.346

Leistungsempfänger insg. = 232.019

Das entspricht einem Anteil von 13,1 Prozent an der Bevölkerung

(6) Arbeitswelt im neoliberalen Zeitalter: In 84 % aller Betriebe leisten lohnabhängig Beschäftigte unbezahlte Mehrarbeit. In 90 Prozent aller Unternehmen gibt es keine Betriebsräte; nur 50 Prozent aller Beschäftigten werden überhaupt von Betriebs- oder Personalräten vertreten. Dies führt immer mehr zur Abkoppelung kollektiver Interessenvertretung hin zu individuellen „Zielvereinbarungen“. Die Arbeit unter neoliberalen Verhältnissen macht die Menschen zunehmend krank. Dies drückt sich nicht nur in steigenden Krankheitsquoten aus (so haben z.B. psychische Erkrankungen als Folge der Arbeitssituation um 30 % zugenommen). Jeder zweite beschäftigte geht inzwischen davon aus, nicht bis zur Rente „durchhalten“ zu können. All dies macht klar, dass ein gesellschaftliches Bündnis notwendig ist, damit die Krisenfolgen nicht weiter auf dem Rücken der Menschen ausgetragen werden.

In diesem Zusammenhang verwies Berno Schuckardt auf einen Antrag der Bundestagsfraktion der LINKEN mit dem Titel „Mit guter Arbeit aus der Krise“. In diesem – hier kurz skizzierten – Papier geht es um eine radikale Kehrtwende in der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Danach soll mit einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro endlich die Grundlage für eine Existenz sichernde Entlohnung von Arbeit gesorgt werden. Bei Leiharbeit soll ausnahmslos das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit" gelten. Der Kündigungsschutz soll gestärkt, sachgrundlose Befristungen abgeschafft werden und jede Stunde Arbeit voll sozialversicherungspflichtig sein. Darüber hinaus soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll gestärkt werden. Dazu gehören u. a. eine Ausweitung des Arbeitsschutzgesetzes und der Rechtsanspruch jedes Kindes auf eine gebührenfreie Tagesbetreuung. Weil die Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt neoliberaler Prägung dem Menschen seine ganze Substanz abverlangen, sind eine bessere Ausgestaltung des Arbeits- und Gesundheits-

schutzes und ausreichend alters- und alternsgerechte Arbeitsplätze nötig. Außerdem soll die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt endlich in einem Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft festgeschrieben werden. Und auch die Kriterien für die „Zumutbarkeit von Arbeit“ soll deutlich verbessert und die Menschen vor unzumutbarer und sittenwidrig entlohnter Arbeit geschützt werden. Um den freien Fall bzw. den sozialen Absturz der Erwerbslosen zu verhindern, ist eine Verlängerung des Versicherungsschutzes auf 24 Monate vorgesehen. Nicht zuletzt will DIE LINKE die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Beschäftigten und Gewerkschaften durch eine Ausweitung des Streikrechts, die Abschaffung des Antistreikparagraphen und die Einführung eines politischen Streikrechts verbessern. Perspektivisch wird eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden gefordert. Bis zur endgültigen Abschaffung der Hartz-Gesetze ist als Sofortmaßnahme eine Erhöhung des ALG II Regelsatzes auf 500 Euro vorgesehen. So viel zu den arbeitsmarktpolitischen Intentionen der Linksfraktion im Antrag „Mit guter Arbeit aus der Krise“.

Berno Schuckardt beendete seinen Impulsbeitrag mit einem Zitat von Frank Deppe und Richard Detje. Darin heißt es u.a.: „Die Zersetzung der Klasse der Arbeitenden durch eine Politik der Prekarisierung etabliert ein neues Herrschaftsverhältnis. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Deutungsmacht über die Rolle der Arbeit in der hoch entwickelten, kapitalistischen Gesellschaft. Arbeit ist Grundstruktur des gesellschaftlichen Ganzen. Die gesellschaftliche Linke ist in diesem Sinne herausgefordert.“ (Sozialismus 12/2009).

Sieglinde Friess, ehemalige Bundestagsabgeordnete der Grünen und seit 2001 Leiterin der ver.di-Landesbezirksfachbereiche, ging in ihrem leidenschaftlichen Eingangsplädoyer gegen Niedriglohnjobs und prekäre Beschäftigung zunächst auf die konkrete Situation der Menschen und die damit verbundenen Deprivationen und sozialen Einschnitte ein. „Die Krise macht krank! Sie macht nicht nur die Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen krank sondern auch die sogenannten Vollbeschäftigten.“ So schufteten sich die Vollzeitler im wahrsten Sinne zu Tode, die Prekären litten unter ihrer prekären Situation und die Erwerbslosen wiederum litten darunter, dass sie immer mehr nicht nur vom Arbeitsleben selbst sondern zunehmend auch vom gesellschaftlichen und kulturellen Leben ausgegrenzt werden. Insgesamt werde die Krise dazu genutzt, die hart erkämpften Errungenschaften der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften abzubauen und die Menschen unter Druck zu setzen.

Angesichts der fortschreitenden neoliberalen Deregulierung des Arbeitsmarkts und den damit verbundenen Auswirkungen in der Arbeitswelt stehen die Gewerkschaften nun vor einem großen Problem, dem sie sich Sieglinde Friess zufolge nicht länger verschließen können. Historisch gesehen war nämlich die „Zielgruppe“ der Gewerkschaften jahrzehntlang die Gruppe der „vollbeschäftigten ArbeitnehmerInnen“, oder noch pointierter, „Zielgruppe“ war stets der „beschäftigte Mann“. Dies hat zu einer „Klientelpolitik“ geführt, die sich in erster Linie um die Interessen dieser Gruppe gekümmert hat. Hier sei ein grundsätzliches Umdenken notwendig.

Zu diesem Umdenken gehört eine Neudefinition des Arbeitsbegriffs und dessen tradierte Reduzierung auf „pure Lohnarbeit“. Und nicht zuletzt geht es auch um eine Umverteilung von Arbeit. Das sei schon deshalb notwendig, weil das Arbeitsvolumen gesunken ist. Sprechen wir also heute von gesellschaftlich notwendiger Arbeit, so müssen darin alle Beschäftigtenbereiche berücksichtigt werden, d.h., nicht nur das Segment der sogenannten „Vollbeschäftigten“,

sondern ebenso das der prekär Beschäftigten sowie der Erwerbslosen (von Lohnarbeit“ Ausgegrenzten). In diesem Zusammenhang klagte Sieglinde Friess vehement den „Mut zur Vision“ ein. So kann sich die langjährige ver.di-Aktivistin persönlich etwa eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf 28 Stunden in der Woche für alle vorstellen („4 Tage á 6 Stunden“). Überhaupt: der neoliberal gewendete Kapitalismus und die Folgen der Krise wirkten so stark in die Köpfe der Menschen, dass diese geradezu von Angst (vor der Erwerbslosigkeit, vor sozialer Ausgrenzung) und tiefen Ohnmachtsgefühlen beherrscht seien. Gerade in dieser Zeit sei es jedoch notwendig gegenzuhalten. „Wie kommen wir aus dieser Spirale raus? Wie überwinden wir die reinen Abwehrkämpfe und gehen als linke Gewerkschafterinnen wieder in die Offensive. Ein gutes Beispiel sei der Kampf um einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn. Hier sei es nach langer Zeit erstmals wieder gelungen, Menschen für eine notwendige Forderung zu bewegen und Solidarität zu leben. Daran gelte es anzuknüpfen.“

Im Verlauf der lebhaften Diskussion der Arbeitsgruppe wurde deutlich, dass prekäre Beschäftigung im Schatten der Krise weiter zunehmen wird. Geschätzt wird zukünftig ein Anteil von 30 Prozent in allen Arbeitsbereichen. Kersten Artus, Moderatorin der Runde und Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft, konstatierte einen generellen Wechsel im Arbeitsmarkt. Von Leiharbeit seien in erster Linie Männer betroffen, von Teilzeitarbeit die Frauen. Die Tendenz ginge generell zur Leiharbeit; diese werde immer mehr zur Regelarbeit. Damit verbunden sei eine zunehmende Entwertung von Frauenarbeit und deren Herausdrängung aus dem „ersten Arbeitsmarkt“ (Stichwort: „Herdprämie“). „Doch was ist überhaupt professionell?“, fragt sich Sieglinde Friess. Welche Arbeit ist was wert und wie soll sie letztlich bezahlt werden. „Reproduktionsarbeit dürfe nicht länger familiär sondern müsse gesellschaftlich gedacht werden“, so Hildegard Heinemann in der Diskussion. Es müsse endlich mit der Geringschätzung von Frauenarbeit gebrochen werden. Martin Geissler, IG Metall-Sekretär in Hamburg unterstrich dies und interpretierte das Problem der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bewertung der Männer- und Frauenarbeit als eine Machtfrage der Geschlechter („Gewerkschaften sind Männerbünde“). Darüber hinaus zeigte er auf, wie schwierig der Kampf gegen die weitere Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse letztlich ist. Im Zuge der Globalisierung und der Internationalisierung der Betriebe gelänge es nämlich den Unternehmen immer wieder Ausweichstrategien zu entwickeln. So würden ganze Bereiche erfolgreich „ausgliedert“, die Arbeitsbedingungen verschlechtert und weltweit „durchgeneriert“. Diese führe letztlich zur Unterhöhlung der Arbeitszusammenhänge und zur Entsolidarisierung.

Insgesamt spricht sich die AG für eine Folgekonferenz zur Vertiefung der bisherigen Arbeitsergebnisse aus. Dort sollte vor allem auch die Verkürzung der Arbeitszeit thematisiert werden und das Grundsatzpapier zur Schaffung von 50.000 neuen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Hamburg diskutiert werden.

3. Neue Jobs in der Krise?! Erklärung der arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Konferenz der Hamburger Linksfraktion

Am 24. April fand im Hamburger Curiohaus eine arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Konferenz der Hamburger LINKEN statt, auf der zahlreiche Abgeordnete, Gewerkschafter/innen, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler/innen, Betriebs- und Personalräte und von Erwerbslosigkeit betroffene Kolleginnen und Kollegen über die notwendigen politischen Konsequenzen aus der anhaltenden Wirtschaftskrise und der weiter steigenden Erwerbslosigkeit beraten haben.

Deutlich wurde dabei vor allem die Notwendigkeit der massiven Ausweitung und Umorientierung der staatlichen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und die entsprechende Ausweitung der finanziellen Mittel.

Die Diskussion in mehreren Foren mündete in folgende zentrale Forderungen, die Bestandteil eines arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Programms der Hamburger Linksfraktion für die nächsten Jahre werden sollen:

- Die aktuelle Forderung und Kampagne zum Sanktionsmoratorium SGB II wird uneingeschränkt unterstützt.
- Die unverzügliche Abschaffung der Ein-Euro-Jobs und ihre Ersetzung durch öffentlich finanzierte, tariflich bezahlte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in gesellschaftlich sinnvollen Tätigkeiten.
- Den massiven Ausbau der beruflichen Qualifizierung Erwerbsloser und von Erwerbslosigkeit bedrohter Menschen einschließlich des Rechtes auf eine qualifizierende Berufsausbildung.
- Die Schaffung von Arbeitsplätzen durch staatliche Auftragsvergabe in den Bereichen der öffentlichen Güterversorgung, der Verbesserung der Lebensverhältnisse, der Umwelt und der sozialen Dienstleistungen. Die Vergabe erfolgt nur an Unternehmen, die soziale, ökologische und tarifliche Standards einhalten.
- Hamburg muss wieder Gleichstellungshauptstadt werden: Für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft und ein verbindlicheres Gleichstellungsgesetz im Öffentlichen Dienst.
- Rekommunalisierung der sozialen und Gesundheitsdienstleistungen und der Energieversorger.
- Erwerbslosigkeit mit der Umverteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung begegnen, Als ersten Schritt muss die Arbeitszeit der BeamtInnen reduziert werden.
- Hamburg muss als Vorbild auftreten und mehr Ausbildungsplätze anbieten.
- Die Perspektive des Senats, in der Frage der Neuorganisation der Träger der Grundversicherung SGB II das sog. kommunale Optionsmodell anzustreben, wird abgelehnt.

(Das Verhältnis der Forderung nach einem bedingungslosem Grundeinkommen und Arbeitsmarktpolitik muss in weiteren Diskussionen ausführlich beleuchtet werden.)

Die Mehrzahl der hier genannten Maßnahmen sind allein auf Hamburger Ebene und somit schnell umsetzbar; es bedarf des politischen Willens.

Alle Vorschläge zusammen können zur Schaffung von bis zu 50.000 neuen Arbeitsplätzen in Hamburg führen. Der hierfür notwendige Finanzbedarf im Umfang von circa 1,1 bis 1,2 Milliarden Euro ist durch verschiedene Maßnahmen im Bereich der Steuerpolitik – verstärkte Steuerprüfungen, moderate Erhöhung der Gewerbesteuer, Wiedereinführung der Vermögenssteuer etc. – sowie durch eine weitere Kreditaufnahme aufzubringen.

Angesichts der milliardenschweren ‚Schutzschirme‘ für Banken einerseits und der ständig steigenden Ausgaben für städtische Prestigeprojekte handelt es sich hierbei eher um eine überschaubare und für die Menschen in Hamburg absolut gewinnbringende Investition. Denn es ist genug Geld da.

4. Anhang: Impulsreferat Arbeitsgruppe 1: Roland Kohsiek - Der Arbeitsmarkt in Hamburg Anfang 2010

DIE LINKE Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Neue Jobs in der Krise?!

Wirtschaft und Beschäftigung in Hamburg

Arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Konferenz am 24.4.2010 im Curiohaus

Arbeitsgruppe 1: Welche arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Alternativen können die Arbeitslosigkeit in Hamburg spürbar reduzieren?

Impulsreferat: Der Arbeitsmarkt in Hamburg Anfang 2010 (Januar 2010)

- Arbeitslose **83.426 = 9,1 %**
- davon im Rechtskreis SGB III **27.963 = 33,5 %**
- und im Rechtskreis SGB II **55.463 = 66,5%**

- ohne abgeschlossene Berufsausbildung **52,8 % (18,02 % / 81,8%)**
- Langzeitarbeitslose **26,1% (14,3 % / 85,7 %)**
- Ausländer **23,4 % (22% / 78%)**
- Unterbeschäftigung **108.496 = 11,7 %**
- gegenüber Arbeitslosenzahl **+ 29,5 %**
- inkl. Kurzarbeit **ca. 12,2 %**

SGB II:

- Arbeitslose **55.463 = 39,4% der eHB**
- erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHB) **138.600**
- nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige **52.800**
- Personen in Bedarfsgemeinschaften **191.400**
- Bedarfsgemeinschaften **104.500**
- Aufstocker **29.900**

Geringfügig entlohnte Beschäftigte

- Hamburg **ca. 160.000**
- im Nebenjob **59.500**
- ausschließlich geringfügig Beschäftigte **ca. 100.500**

Sozialleistungen zur Armutsvermeidung in Hamburg:

- 229.556 HamburgerInnen erhalten staatliche Transferleistung (Leistungen SGB II, II und XII)

Arbeitsmarktpolitik

- Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau der Qualifikationen (Qualifizierungsmaßnahmen)
- Maßnahmen zur (befristeten) öffentlich finanzierten Beschäftigung (früher ABM, jetzt 1 €-Jobs)
- Maßnahmen zum (subventionierten) Einstieg in den Arbeitsmarkt (Einarbeitungszuschuss, Hamburger Modell)
- verschiedenste, meist sehr kurze Maßnahmen zur Verbesserung der Integrationsfähigkeit

Finanzierung Arbeitsmarktpolitik 2010

- | | |
|---------------------------------|---|
| • SGB III Versicherungsleistung | ca. 74 Mio. |
| • SGB II Steuer finanziert BMAS | ca. 163 Mio. |
| • FHH Kofinanzierung | ca. 11 Mio. (davon 8 Mio. aus
2008 / 2009) |

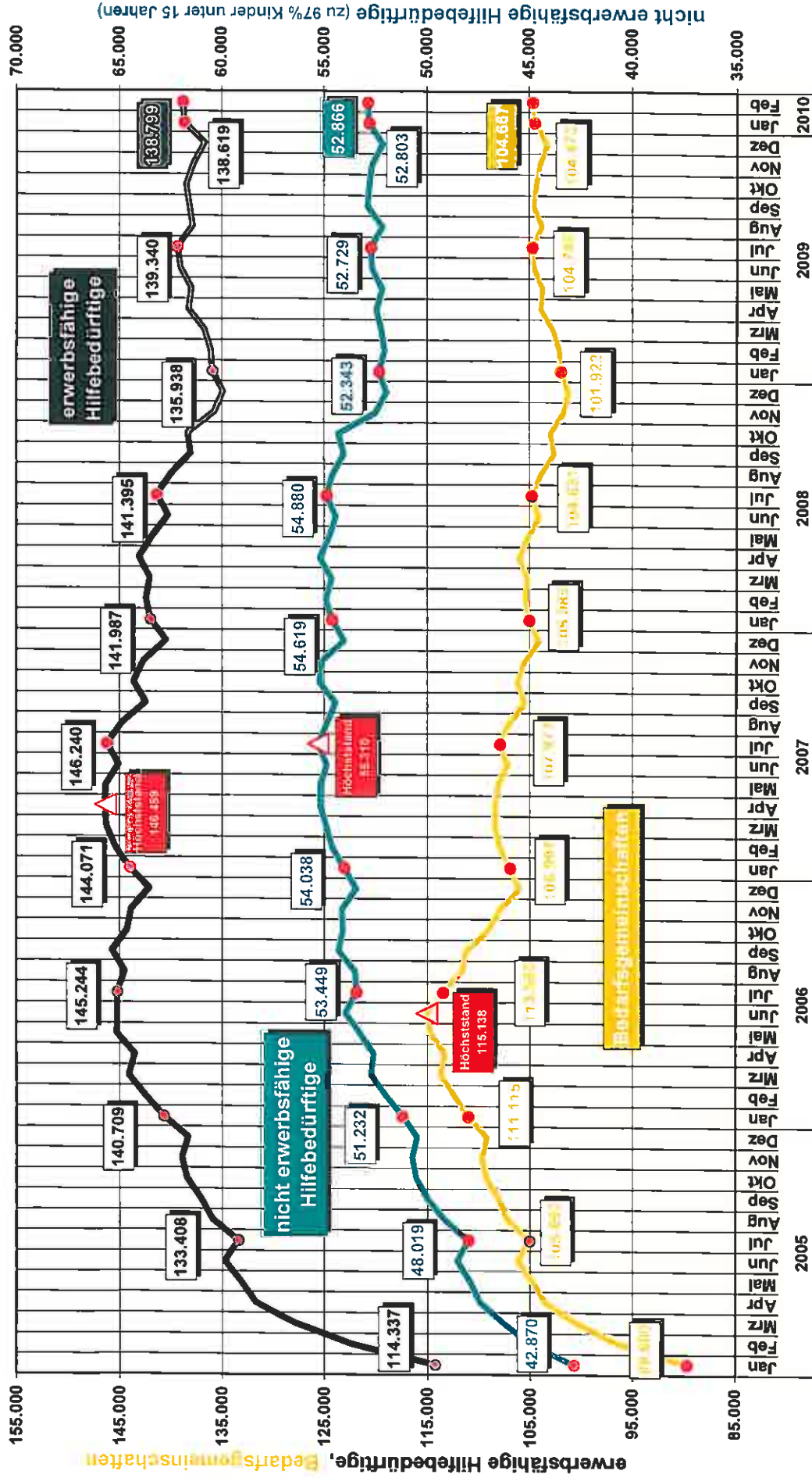
Fazit:

- Stadt Hamburg hat sich beinahe vollständig (finanziell) aus der Arbeitsmarktpolitik zurückgezogen.
- Die Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik könnten bereits vollständig anders gesetzt werden – die Stadt Hamburg hat die Mehrheit in der Trägerversammlung der ARGE Arbeitsgemeinschaft SGB II.

Hamburg, 23. / 24.4.2010

Roland Kohsiek

Entwicklung Leistungsempfänger SGB II in Hamburg (vorläufige Daten)



DIE LINKE. Fraktion

in der Hamburgischen Bürgerschaft

Rathausmarkt 1

20095 Hamburg

Telefon: 040 / 428 31 - 22 50

Telefax: 040 / 428 31 - 22 55

info@linksfraktion-hamburg.de

Abgeordnetenbüro Elisabeth Baum

Curienstr. 2

20095 Hamburg

Telefon: 040 / 18 12 18 03

elisabeth.baum@linksfraktion-hamburg.de

Mitarbeiterin Olga Fritzsche

Telefon: 040 / 18 12 18 02

elisabeth.baum.ma1@linksfraktion-hamburg.de